

Bezugspreis:

Wöchentlich 70 Goldpfennig, monatlich 2.— Goldmark voraus zahlbar. Unter Abrechnung für Deutschland, Danzig, Saar- und Rheingebiet, Österreich, Böhmen, Ungarn 4,25 Goldmark, für das übrige Ausland 5,25 Goldmark pro Monat.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Volk und Welt“ mit „Stellung und Ausrüstung“, sowie der Unterhaltungsbeilage „Heimwelt“ und Frauenbeilage „Frauenstimme“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegraphische Adressen: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3
Kernsprecher: Redaktion: Dönhofs 292-293
Bezlag: Dönhofs 2506-2507

Sonntag, den 24. Mai 1924

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Postkonton: Berlin 375 36 — Bankkonto: Direktion der Diktoria-Gesellschaft, Depotkassette Lützowstraße 3

Anzeigendruck:

Die einseitige Kontrakt-Folge 0,75 Goldmark, Reklamier-Folge 1.— Goldmark, „Klein Anzeigen“ das festgedruckte Wort 0,20 Goldmark (außer bei zwei festgedruckten Worten), jedes weitere Wort 0,10 Goldmark, Stellenangebote das erste Wort 0,10 Goldmark, jedes weitere Wort 0,05 Goldmark, Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte, Familienanzeigen für Abonnenten 0,30 Goldmark, eine Goldmark — ein Tolar gestellt nach 4,25.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Schlußzeit von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

Keine Verständigung im Ruhrkampf.

Der Zechenverband will Unterwerfung.

Bodum, 23. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Der Reichs- und Staatskommissar Mehlisch hatte die Vertreter der Arbeitgeber und Arbeitnehmer des Ruhrbergbaus für Freitag nach Essen zu Einigungsverhandlungen eingeladen. Auf den gewaltigen Verlast hinweisend, der durch die Bergarbeiteransperrung der gesamten deutschen Volkswirtschaft erwachsen ist (bisher wurde ein Produktionsausfall von 150 Millionen und ein Lohnausfall von 40 Millionen Goldmark festgestellt), ermahnte Mehlisch in seinen einleitenden Worten die anwesenden Vertreter, alles zu tun, um die Verhandlungen im Interesse der Volksgemeinschaft zu einem annehmbaren Abschluß zu bringen. Dem Zechenverband war schon vor Beginn der Verhandlungen der Antrag gestellt worden, den in Berlin am 16. Mai gefällten Schiedsspruch für verbindlich zu erklären. Diesen Antrag unterzeichnete der Unternehmervertreter Biskoff in der Verhandlung nochmals und brachte zum Ausdruck, daß der Konflikt nach Ansicht der Unternehmer nur auf diesem Wege gelöst werden könne. Demgegenüber erklärten die Arbeitnehmervertreter, daß eine Verbindlichkeitsklärung des Schiedsspruches nur eine Verschärfung der Lage herbeiführen könne, da derselbe, abgesehen vom Manteltarif, erhebliche Verschlechterungen für die Arbeiter enthalte. Den Wünschen der Arbeitnehmer würde nicht in dem Maße Rechnung getragen, wie es im Interesse der Wiederherstellung einer gesunden Wirtschaftsführung notwendig sei. Die weiteren Verhandlungen verliefen ergebnislos. Aus den Verhandlungen ging hervor, daß die Unternehmer der Meinung halbtigen, die Bergarbeiter müßten schon in den nächsten Tagen infolge Hungers ihren Widerstand gegen die Zechengewaltigen aufgeben. Diese vollkommen unbegründete Auffassung und die unverantwortliche Einstellung der Unternehmer hat dazu beigetragen, daß wieder eine Möglichkeit zur Beilegung des Konflikts zwanglos vorbeigegangen ist, wodurch der gesamten Wirtschaft erneut unermesslicher Schaden zugefügt wurde.

Die Solidaritätsaktion.

Das Exekutivkomitee der Bergarbeiter-Internationale hat einstimmig beschlossen: „Die Exekutive der Bergarbeiter-Internationale spricht allen kämpfenden deutschen Bergarbeitern ihre lebhafteste Sympathie aus und versichert ihnen weitgehende Unterstützung. Die Landesorganisationen haben sofort zu beraten und dem internationalen Generalsekretär bis spätestens 1. Juni zu berichten, welche Schritte zu unternehmen sind, um die kämpfenden Bergarbeiter wirksam zu unterstützen.“

Der Vorstand des Deutschen Eisenbahner-Verbandes hat sich in seiner Sitzung am 23. Mai auch mit den schweren Kämpfen der Bergarbeiter zur Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen befaßt. Er blüht mit Genugtuung und Bewunderung auf die kämpfenden Arbeitsbeider und spricht ihnen ungeteilte Sympathie aus mit dem lebhaftesten Wunsche, daß der Kampf zu einem für die Arbeiterklasse siegreichen Ende führen möge. Der Vorstand des Deutschen Eisenbahner-Verbandes fordert seine Mit-

glieder auf, den Kampf moralisch und finanziell mit aller Kraft zu unterstützen. Ferner beschloß der Vorstand einstimmig, den tapferen Kämpfern den Betrag von 10000 Mark aus der Hauptkasse zu überweisen.

Gefahr für die Schächte.

Die Folgen der Absperrung.

Bodum, 23. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Infolge Einstellung der Kohlearbeiten steht bereits die untere Sohle der staatlichen Wälderschächte unter Wasser. Auf Zeche Caroline der Harpener Bergbau-Gesellschaft ist von der Verwaltung angeordnet worden, die Pumpen auf der dritten Sohle anzusetzen, da auch hier damit gerechnet wird, daß die dritte Sohle unter Wasser kommt.

Zusammenstöße zwischen Schupo und Demonstranten.

Essen, 23. Mai. (W.B.) Der gestrige Tag brachte keine wesentliche Änderung in der Lage. Die Zeche Brassert in Recklinghausen wird nach wie vor zwecks Aufrechterhaltung der Ordnung von den Belgiern bewacht gehalten. Zu einem Zwischenfall kam es auf der Zeche Centrum bei Recklinghausen, wo die Belogeschäften die Einstellung der Kohlenverladung erzwingen wollten. Die Schupo griff ein und verlegte einen der Demonstranten derart, daß er bald darauf starb. Kundgebungen unter freiem Himmel, die von den Kommunisten geplant waren, wurden von der Polizei im Entstehen erstickt.

Anschlag auf eine Polizeiwache in Essen.

Essen, 23. Mai. (W.B.) In der vergangenen Nacht wurden in die Wache des 18. Polizeiregiments in Stroppenberg von mehreren Tätern zwei Revolvergeschosse abgefeuert und darauf zwei Handgranaten geworfen. Die erste Handgranate durchschlug das Fenster und fiel in die Mitte des Zimmers, ohne zu explodieren. Die zweite prallte vom Fensterposten ab und explodierte auf dem Bürgersteig. Personen wurden nicht verletzt. Der Lieberfall auf die Polizeiwache sollte jedenfalls dazu dienen, die Aufmerksamkeit der Polizei vom katholischen Krankenhaus in Stroppenberg abzulenken, aus der zur Zeit der Explosion der Bergmann Kleiber entwichen ist, der sich vor vier Wochen beim Ausprobieren selbstgefertigter Handgranaten verletzt hatte.

Eine kommunistische Untat.

Dortmund, 23. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Am Donnerstagabend wollte der Steiger Koh von der Zeche Gläud auf einigen Bergleuten, die von Kommunisten angegriffen wurden und um Hilfe riefen, beistimmen. Als Koh die Straße betrat, fiel ein Schuß, durch den er sofort getötet wurde.

Preußen und der Ruhrkampf.

Am Sonntagabend findet eine Sitzung der preussischen Staatsregierung statt, die zu den durch den Arbeitskampf der Bergarbeiter aufgeworfenen Fragen Stellung nehmen soll. Am Montag beginnt dann im preussischen Landtag die große Aussprache über den Bergarbeiterkonflikt. (Weitere Nachrichten auf der 3. Seite.)

Herriot bei Poincaré.

Paris, 23. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Herriot ist am Freitagmorgen von Poincaré ins Oval d'Orsay gebeten worden und hat dort mit ihm eine zweistündige Aussprache über die außenpolitische Lage gehabt. Ein Kommuniqué darüber ist nicht ausgegeben worden. Herriot selbst hat den Journalisten jede Auskunft verweigert. Die verschiedenen Botschaften, zu denen Herriot und Poincaré in den letzten Tagen von den Machthabern des alten Regimes gebeten worden sind, zeigen, daß diese sich nunmehr zu der Einsicht bequemen mußten, daß sie nicht mehr über die erforderliche Autorität und Kompetenz verfügen, um auf dem Gebiete der inneren wie der äußeren Politik irgendwelche Entscheidungen zu treffen, ohne nicht Führer der neuen Mehrheit zu Rate zu ziehen. Um so bestreblicher ist, daß zu keiner dieser Beratungen ein Vertreter der Sozialisten hinzugezogen worden ist, die mit ihren über hundert Mandatn die zweitgrößte Partei der neuen Mehrheit bilden.

Sozialisten und Regierung.

Paris, 23. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Nach der Entwicklung der letzten 48 Stunden läßt sich die innerpolitische Situation in Frankreich wie folgt zusammenfassen: Herriot und mit ihm alle maßgebenden Politiker der bürgerlichen Parteien des Linksblocks wünschen nach wie vor, daß die Sozialistische Partei die Konsequenzen aus dem gemeinsam errungenen Siege ziehen und sich zur Mitübernahme der politischen Verantwortung entschließen möge. Die Aussichten dafür sind inzwischen allerdings kaum größer geworden. Wenn auch innerhalb der Fraktion die Vertreter des Ministerialismus entschieden an Boden gewonnen haben, so haben sich eine ganze Reihe Provinzorganisationen, zum Teil einstimmig, zum Teil mit großer Mehrheit, bereits gegen den Eintritt sozialistischer Politiker in die neue Regierung ausgesprochen.

Kommenden Sonntag findet der sozialistische Bezirksparteitag

für Paris statt, dem man mit großem Interesse entgegensteht, weil natürlich die Koalitionsfrage im Vordergrund steht.

Abg. Genosse Kurjol, der sich seinerzeit gegen das Wahlkartell mit den Linksbürgerlichen ausgesprochen hatte, veröffentlicht im „Populaire“ einen äußerst eindringlichen und mit starken Argumenten versehenen Artikel für den Eintritt der Sozialisten in die Regierung.

Paris, 23. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Loucheur hat sich bereits, noch rasch vor seinem Abgang die seit längerer Zeit geplante Schaffung eines Beirats für die Wirtschaft in die Tat umzusetzen. Das Komitee, das dem Handelsminister angegliedert wird und dessen Präsident der jeweilige Handelsminister ist, soll aus drei Parlamentarier, dem Präsidenten der Handelskammer von Paris, den Präsidenten von fünf Handelskammern der Provinz, 19 Vertretern der industriellen Verbände sowie einer Anzahl Delegierten der Bankwelt und des Kleinhandels zusammengesetzt sein. Zur die Arbeiterschaft ist in diesem Beirat nicht vertreten, obwohl die erste Anregung dazu von den Gewerkschaften ausgegangen ist. Die neue Mehrheit wird hoffentlich nicht zögern, hier gründlich Remedur zu schaffen.

Arbeiterwahlsieg in England.

London, 23. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Bei der Nachwahl in Liverpool siegte der Kandidat der Arbeiterpartei Gabbins mit einer Mehrheit von 1471 Stimmen über den konservativen Kandidaten. Dieser Wahlbezirk war bisher von den konservativen Vertretern und galt stets als eine ihrer Hochburgen. Die Liberalen stimmten geschlossen für die Arbeiterpartei. Zu einem Vertreter des „Daily Herald“ äußerte Macdonald, dieser Wahlausgang zeige die Aussichten der Labour Party für eine kommende Neuwahl; der Sieg in Liverpool sei nicht nur die Gewinnung eines Sitzes durch die Arbeiterpartei, sondern vor allem ein Vertrauensvotum der Wählerschaft für die Arbeiterregierung.

Der stilisierte Bürgerblock.

Veratungen — und doch kein Rat!

Die Verhandlungen, die gestern zwischen den Mittelparteien und den Deutschnationalen geführt wurden, waren, wie es sich unter ordentlichen Leuten gehört, „streng vertraulich“. Die Folge davon ist, daß jedes politische Wickelkind in Berlin — höchstens den Sommerredakteur der „Deutschen Tageszeitung“ ausgenommen — genau weiß, was los war. Es genügt eine kritische Durchsicht der gestrigen Abendpresse und ein Gang durch die Wandelhalle des Reichstags, um von den Vorgängen des gestrigen Tages folgendes zuverlässige Bild zu erhalten:

Die neuen Verhandlungen — nach dem Scheitern des Tirpitz-Planes — waren auf Veranlassung der nicht locker lassenden Volkspartei zustande gekommen. Die Demokraten erklärten, an ihnen eigentlich nur zu informatorischen Zwecken teilzunehmen. Auch das Zentrum verhielt sich ziemlich reserviert. Die Rolle des gefälligen Vermittlers spielte mit nie erlahmendem Eifer die Volkspartei.

Die Deutschnationalen waren ziemlich verlegen. Sie waren zwar bereit, über die sachlichen Grundlagen der Außenpolitik zu verhandeln, konnten sich aber in keiner Weise dafür stark machen, daß das etwaige Ergebnis auch von ihrer Fraktion angenommen werden würde. Herr Hergt lief aus der Sitzung davon. Ein Vorschlag der Deutschnationalen, auch Herrn v. Tirpitz zu den Verhandlungen heranzuziehen, wurde abgelehnt, ohne daß die Deutschnationalen das als einen Kriegsfall betrachtet hätten. Tatsächlich haben die Deutschnationalen Tirpitz als Kanzlerkandidaten schon fallen gelassen, sie wären jetzt bereit, unter einem Kanzler der Mitte zu arbeiten. Als solchen nennt man in ihren Kreisen den Volksparteiler Scholz und den Zentrumsmann Stegerwald.

Die Verhandlungen drehten sich um einen Aufsatz über die auswärtige Politik, der viele Verfasser hat und in schlechtem Deutsch abgefaßt ist. Zweck: eine Formel zu finden, die den Deutschnationalen die Annahme der Sachverständigenurachten annehmbar macht, das heißt, die ihnen ermöglicht, das Gutachten anzunehmen und zugleich zu behaupten, sie hätten es nicht angenommen. Dieser stilistische Hofuspolus gipfelt (siehe „Wof. Jtg.“) in dem Satz:

... daß das Gutachten als unteilbares Ganzes angenommen werden muß unter jenen Vorbehalten, die auch die Sachverständigen in Bezug auf die Souveränität des Deutschen Reichs, auf die wirtschaftliche Einheit und die Ruhrbefreiung ausgesprochen haben.

Man muß sein Gehirn schon ein bißchen anstrengen, um den Witz dieser Formulierung zu verstehen. Herr Hergt hat bekanntlich in seinem berühmten „Lokal-Anzeiger“-Gespräch, in dem er über „das große Wunder zur Rechtsregierung“ orakelte, von den „unverzichtbaren Vorbehalten“ gesprochen, die diese Rechtsregierung machen müsse, hat sich aber, Staatsmann, der er ist, über die Art dieser Vorbehalte nicht ausgesprochen. Nun wird die freudige Entdeckung gemacht, daß seine Vorbehalte genau dieselben sind, die die Sachverständigen auch schon in ihrem Gutachten gemacht haben. Damit ist die Brücke geschlagen, der Tunnel durchbrochen, der Bürgerblock auf die Beine gebracht, das Gutachten angenommen.

Es kommt nur auf das Glück der Stillfierung an!

Indes, den Deutschnationalen war die Stillfierung immer noch nicht schön genug. Sie wünschten eine Umarbeitung des Elaborats in dem Sinne, daß die „Vorbehalte“ möglichst in den Vordergrund gerückt würden. Man muß doch seinen Leuten zeigen, wie tüchtig man gewesen ist. Darüber kam es zu der schon bekannten Stockung — und heute geht das Theater weiter.

Als Tatsache darf man konstatieren, daß die deutschnationalen Unterhändler so schief liegen, daß man schon so ziemlich von einem Umfall reden kann. Es handelt sich ihnen anscheinend nur noch um die Drapierung, um die Bemäntelung. Aber selbst wenn ihnen die Mittelparteien in diesem Punkt noch entgegenkämen, so bliebe es äußerst zweifelhaft, ob sie mit dem Ganzen in ihrer Fraktion durchdringen würden.

Aber das Vergnügen, die Deutschnationalen hineingelegt zu haben, könnte Deutschland außenpolitisch teuer zu stehen kommen. Es ist doch schließlich kein Geheimnis, das man mit dem Landesverratsparagrafen sühnen kann, daß sich die Deutschnationalen im Wahlkampf als fanatische Gegner jeder Erfüllungspolitik geberdet haben. Die Erklärungen einer deutschen Regierung, in der Deutschnationale sitzen, würden draußen von vornherein mit Mißtrauen aufgenommen werden. Ergibt es sich dann, daß diese Erklärungen stilistische Kunstwerke sind wie das jetzt zur Verhandlung stehende Schriftstück, daß sie mit doppelten Böden, Verleumdungen und Hintertüren versehen sind, dann können wir ein Echo erleben, das uns nicht freundlich in die Ohren klingen wird.

Dieser ganze Versuch der Mittelparteien, zu einem Bürgerblock mit den Deutschnationalen zu gelangen, ist überhaupt nur innerpolitisch verständlich. Außenpolitisch gesehen

ist er ein gefährliches Spiel. Für dieses ganze Kuliffengefährliche, das sich jetzt bei uns vollzieht, hat man draußen in der Welt nicht das geringste Verständnis. Wenn schließlich auch endlich doch alles nicht mehr wird, und wenn eine neue Mittelregierung kommt oder die alte wiederkommt, wird sie ihre außenpolitische Situation durch die vorausgegangenen Verhandlungen erschwert finden.

Es ist keine Zeit zu verlieren! Jedermann weiß, daß das Sachverständigen Gutachten von der Regierung Marx als Grundlage der Reparationsregelung schon angenommen ist und daß die Wahlen eine Mehrheit ergeben haben, die sich mit dieser politischen Handlung einverstanden erklärt. Die Stellung der Opposition gegen das Gutachten ist von den Deutschnationalen — der ersehnten „Futtertruppe“ zuliebe — preisgegeben worden und nicht mehr zu halten. Jetzt muß gehandelt werden und rasch gehandelt werden!

Daß die Regelung der Reparationen nach den Vorschlägen der Sachverständigen erfolgen wird, daran ist nicht zu zweifeln. Jeder Tag, um den die Ausführung beschleunigt wird, ist Gewinn, jeder Tag, um den sie verzögert wird, gefährlicher Verlust. Denn jeder Tag der Verzögerung, jede Unklarheit rückt den Zeitpunkt, an dem die Aufhebung der Ricum-Lasten, der Zoll-Linie, der Eisenbahnregie, die Freilassung der Gefangenen, die Wiederzulassung der Ausgewiesenen erfolgen wird, in die Ferne. Dazu kommt entscheidend die gefährliche wirtschaftliche Lage. Die Rentenmark ist nur noch durch das brutale Mittel einer äußersten Kreditverknappung haltbar, wir brauchen Auslandskredit und solide Fundierung der Währung zum täglichen Brot. Zugleich werden an den amerikanischen Kapitalmarkt von anderer Seite her die größten Anforderungen gestellt.

Wer die kostbare Zeit in parlamentarischen Intrigen verzettelt, lädt eine ungeheure Verantwortung auf sich. Eine Klärung muß eintreten. Sie duldet keinen Aufschub.

Deutschnationale Parlamentsjournalist.

Die „Deutsche Tageszeitung“ und die Hize.

Entweder ist dem Parlamentsredakteur der „Deutschen Tageszeitung“ die Hize ins Gehirn gestiegen, oder die Redaktionsferien haben in der „Tageszeitung“ bereits begonnen, so daß ein ziffriger, aber politisch noch in den Rinderschuhen stehender Sommerredakteur die immerhin wichtigen Fragen der Regierungsbildung behandelt.

In dem gestrigen Abendblatt der „Deutschen Tageszeitung“ finden sich an der Spitze des Blattes in knapp zwanzig Zeilen zwei ausgewählte Enten von erschütternder Komik. Zunächst wird geheimnisvoll versichert, die Kandidatur Tirpitz sei der Linken nicht unsympathisch:

„Aber auch andere, noch weiter links stehende beamtete Persönlichkeiten spielen in der ganzen Situation eine Rolle. Man beachte beispielsweise, daß in der sozialdemokratischen Presse der sonst so scharf attackierte Name des Admirals heute überhaupt nicht genannt wird.“

Welch geniale Ahnung von der Verbindung der Zusammenhänge! Der „Vorwärts“ hat Tirpitz nicht genannt, da der Fall erledigt war — also, so schlussfolgert die „Tageszeitung“, sympathisieren linksstehende beamtete Persönlichkeiten mit seiner Kandidatur. Da steht sie machtlos vis-à-vis.

Aber dann meldet das deutschnationale Organ weiter:

„An der neuen Besprechung nahm beziehungsweise auch der Abgeordnete Herz von der Sozialdemokratie teil.“ Man denke, die „Deutsche Tageszeitung“ hält es für glaubhaft, daß Sozialdemokraten mit Deutschnationalen über Regierungsbildung verhandeln, sie hält es sogar für glaubhaft, daß Deutschnationale mit Sozialdemokraten verhandeln! Die Herren müssen aber unerkennungslos sein, daß sie so blühenden Bildsinn haben und denken! Wie wollen ihnen verrotten: Genosse Herz ging in die Tür unseres Fraktionssekretariats in Zimmer 9, nicht ins Verhandlungszimmer Zimmer 10. Der Herr Redakteur, der so und auf Grund solcher Informationen in der größten

deutschnationalen Zeitung über die Verhandlungen über die Regierungsbildung berichtet, hat sich in der Tür geirrt.

Es war gestern wirklich sehr heiß, und dem deutschnationalen Journalisten mag es noch heißer gewesen sein.

Die Besprechungen im Reichstag. Ein parteioffizieller Bericht.

Die Verhandlungen der Mittelparteien mit den Deutschnationalen begannen am Freitag vormittag um 10 Uhr und wurden nach einer kurzen Unterbrechung um 2 Uhr auf Sonnabend vormittag 10 Uhr vertagt. Die verhandelnden Parteien veröffentlichten über die Besprechungen folgenden Bericht:

„Die bereits angekündigten Verhandlungen nahmen Freitag vormittag unter der Leitung des Fraktionsvorsitzenden der Deutschen Volkspartei Dr. Scholz ihren Anfang. Es fand eine eingehende Besprechung über die sachlichen Grundlagen einer gemeinsamen Regierungsbildung statt. Die Personenfrage wurde offengelassen. Den Besprechungen lag eine von der Deutschen Volkspartei herrührende mit anderen Parteien besprochene Ausarbeitung zugrunde. Die Verhandlungen wurden allgemein als vertraulich bezeichnet, insbesondere verpflichteten sich die Teilnehmer, die erwähnte Ausarbeitung einstweilen nicht zu veröffentlichen. Die Verhandlungen werden Sonnabend vormittag 10 Uhr in gleichem Kreise fortgesetzt.“

Der Fall Tirpitz.

Eine deutschnationale Provokation.

Die Kandidatur Tirpitz ist erledigt — der Fall Tirpitz bleibt. Der Fall nämlich, daß dieser Mann es wagen kann, sich als parlamentarischen Reichskanzler präsentieren zu lassen, und daß die Deutschnationalen es wagen, ihn zu präsentieren.

Tirpitz hat in seiner Amtszeit mehrere Male den Reichstag dreifach belogen, um seine gegen England gerichteten Flottenpläne zu verschleiern. Er setzte falsche Ziffern in die Flottenvorlagen 1899-1900, so daß sich Bebel gezwungen sah, ihm im Reichstag vor aller Öffentlichkeit groben Betrug gegenüber der deutschen Volksvertretung vorzumerken. Ein Privatmann, der so wie Herr Tirpitz gegenüber dem Reichstag handle — so fährt Bebel aus — würde wegen Betrugs auf die Anklagebank kommen. In der gleichen Weise rechnete Eugen Richter mit den Fälscherkünsten des Staatssekretärs v. Tirpitz ab. Er erklärte eines Tages:

„Ich habe hier schon über hundert Minister kommen und gehen sehen, aber nicht einen, dessen Mitteilungen und Erklärungen man so wenig Vertrauen schenken könnte wie Herrn v. Tirpitz.“

Aber der Mann des groben Betruges und des mangelnden Vertrauens wurde trotzdem von den Deutschnationalen in einem Augenblick als Reichskanzlerkandidat präsentiert, wo nur derjenige das Amt des Reichskanzlers bekleiden kann, der allgemeines Vertrauen, besonders im Auslande, genießt.

Auf Tirpitz trifft das Gegenteil zu. Englische Blätter betrachten die Kandidatur Tirpitz als eine Kampfanzeige gegen England. Erinnert man sich dessen, was Conrad Hauemann von Tirpitz wenige Jahre vor dem Kriege ohne Widerspruch wiederholt öffentlich feststellen konnte, dann wird das Mißtrauen der englischen Presse durchaus verständlich. Bereits im April 1912 wies Hauemann in der Zeitschrift „Mars“ nach, daß v. Tirpitz eine vom Rüstungskapital subventionierte Pressehege gegen England im Marineministeramt inszeniert hat.

„Der deutsche Kaiser“, so hob er hervor, „hat in England erklärt, er nicht, aber das deutsche Volk sei England abgeneigt. Und er sagt ein andermal, die Mißverständnisse seien durch Pressehegereien hervorgerufen. Diese Pressehegereien sind deutscherseits das Verdienst des Flottenvereins, und der Flottenverein resorziert von Se. Majestät Marineminister.“

Die Präsentation dieses Mannes ist eine Provokation des deutschen Reichstages, nicht minder des Auslandes. Das ist deutschnationale Positif.

England und Tirpitz.

Die Meldung des „Berliner Lokalanzeigers“, daß die Deutschnationalen in England Fühlung wegen einer Kanzlerschaft Tirpitz

genommen hätten, ist — zumal Tirpitz ja nach dieser „Fühlungnahme“ als Kanzler vorgeschlagen wurde, in England so verstanden worden, daß der „Lokalanzeiger“ Tirpitz als persona grata in England bezeichnet hätte. Dazu erhalten wir von unserem Londoner Vertreter diese Funddepesche:

Zu der Behauptung des Berliner „Lokalanzeigers“, Tirpitz sei in England persona grata, schreibt „Manchester Guardian“, es wäre interessant, die Herkunft der Behauptung festzustellen und zu wissen, wo sich in England jemand findet, der eine Kanzlerkandidatur Tirpitz billigt. Diese Frage des großen liberalen Blattes zeigt ebenso wie die Haltung der gesamten Presse, daß die Behauptung des „Lokalanzeigers“ grundlos und vielleicht sogar gegen besseres Wissen aufgestellt ist.

Tirpitz und Ludendorff.

München, 23. Mai. (Eca.) Zu Pressemeldungen über eine Annäherung zwischen Tirpitz und Ludendorff schreibt der „Courier“, das Organ Ludendorffs:

„Wir sind in der Lage, mitzuteilen, daß die Meldung in dieser Form nicht zutrifft. Zwischen General Ludendorff und Admiral v. Tirpitz fand eine einzige Besprechung vor den Reichstagswahlen statt. Diese Besprechung trug in der Hauptsache rein persönlichen Charakter. Ein neuerlicher Annäherungsversuch von Seiten des Admirals v. Tirpitz hat nicht stattgefunden. General Ludendorff steht im übrigen nach wie vor auf dem Standpunkt, daß die Voraussetzung für die Unterfütterung der Deutschnationalen durch die Nationalsozialistische Freiheitspartei die grundsätzliche Ablehnung der Erfüllungspolitik und im übrigen besonders die Ablehnung des Sachverständigen Gutachtens bildet. Bei seinerzeitigen Besprechung mit dem Großadmiral v. Tirpitz glaubte General Ludendorff bei Tirpitz die gleiche Auffassung feststellen zu können. Die Stellung der Fraktion der Nationalsozialistischen Freiheitspartei im Reichstag zu einem Kandidat Tirpitz wird wesentlich davon abhängen, ob man mit der bisherigen deutschen Außenpolitik radikal zu brechen entschlossen ist oder nicht.“

Vor Beginn der Reichstagstagung.

Reichstagspräsident Genosse Löbe hat sämtlichen Mitgliedern des Reichstages folgende Mitteilung zugehen lassen:

Für die ersten Sitzungstage des Reichstages sind so zahlreiche Anträge auf Besucher- und Tribünenkarten gestellt worden, daß diese Wünsche auch nicht im engersten erfüllt werden können. Um eine Ueberfüllung des Gebäudes an diesen Tagen zu verhindern, wird angeordnet, daß vor Eröffnung der Sitzungen nur Besucher mit Ausweisen, die vom Bureau des Reichstages ausgestellt sind, Zutritt zum Hause erlangen. Vom Sitzungsbeginn an werden weitere Besucher in beschränkter Anzahl zugelassen und den Abgeordneten gemeldet. Bei stärkerem Andrang muß mit zeitweiliger Sperrung des Zutritts gerechnet werden, worauf die verehrten Mitglieder des Reichstages ihre etwaigen Gäste am besten im voraus aufmerksam machen wollen. Die neugewählten Abgeordneten werden gebeten, um Irrtümer von vornherein zu vermeiden, ihre Karten zur Legitimierung bei sich zu führen.

Ruth schmeißt Rechtser raus.

Halle, 23. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Der bisherige Landtagsabgeordnete Schumann ist erst kürzlich von seinen Vorgesetzten Ruth Fischer und Schölem strafverurteilt worden, weil er gemogt hatte, an der Unfehlbarkeit der „linken“ Taktiker Zweifel zu äußern. Das hat ihm die Jarin Ruth so verübelt, daß man sich mit der einfachen Verbannung nicht begnüge, sondern ihm auch das am 4. Mai errungene Reichstagsmandat wegen der durch Zugehörigkeit zum „Sumpf“ erwiesenen Unwürdigkeit aberkenne. Er hat dem Wahlleiter des 11. Reichstagswahlkreises die Nichtannahme des Mandats mitteilen müssen. Als Vertreterin der linken Taktik tritt an seine Stelle Hedwig Krüger aus Halle, die in ihrer Heimat „blutige Hedwig“ genannt und durch ihre Rolle im Hölz-Putsch der Öffentlichkeit nicht unbekannt ist. Sie macht im Gegensatz zum „Sumpfrüder“ Schumann in chemisch reiner Linkstaktik und soll der Reichstagsfraktion der KPD, den längst seufzenden Schwung verleihen.

Der Bucklige.

Von Elvira Rosenberg.

Rein, sie hatte unrecht, das Fräulein Krüter. Kleine Leute werden nie etwas. Immer lachen die Großen über sie. Das war auch so bei den Erwachsenen. Immer würde er Hanne heißen... nie Johannes. Würden sie ihn nicht sonst Hans oder Hanschen rufen...? Weil er einen Buckel hatte...

Freilich, besser wars ja schon, wenn sie so sagte und ihm dabei hübsch langsam über das Haar strich, als wenn die Mutter stöhnte: „Du bist auch zu nichts nütze, als Doktor und Apotheker reich zu machen. Dich werde ich wohl auf dem Halse haben, solange ich noch trauen kann.“ Ja, das war Hannes größte Angst, daß er einmal nie Geld verdienen werden könne. Bucklige Leute müssen Uhemacher lernen, weil sie keine Muskeln haben, nicht hoch laufen können. Das wären drei Jahre Lehre gewesen. Und wie er davon einmal angefangen hatte, war die Mutter hochgefahren: „Woher nehmen wenn nicht stehlen.“ O, wenn er doch Fräulein Krüters Kind gewesen wäre... Bananenschokolade von Sarotti hatte sie ihm das letzte Mal geschenkt.

Mutter durfte davon nichts wissen. Fräulein Krüter war eine Aute und schon zweimal ausgesperrt worden. Und wenn der Meister das sah, mit der Schokolade und so... konnte es der Mutter schaden. Und Vater war tot. Zum Verdienen war keiner weiter da. Von der Mutter aus war es jetzt, daß er alles von der Wirtschaft lernen sollte, damit er zu Hause bleiben konnte und alles besorgte, wenn Mutter von der Fabrik kam, müde und hungrig war. Mutter war nicht gut zu ihm, und er gab sich doch solche Mühe... Manchmal lachte sie wohl, stieß und knuffte ihn nicht, wenn er alles bligebant geschauert und sogar die Strümpfe geflopt hatte.

Dann nahm sie seine Hände und sagte: „So 'ne langen, schmalen Dinger. Wo haste die bloß her. Wo Dein Vater zusahste, wuchs kein Gras mehr.“ Zum Schluss bekam er eins an den Kopf: „Wenn Du wenigstens lernen würdest!“ Das fiel ihm schwer. Wie konnte er aufpassen, wenn sie ihn immer hänselten, und wehren konnte er sich nicht; zu Hause aber hatte er soviel zu tun, daß er seine Schularbeiten nicht richtig machen konnte.

Hanne kam mit Mutter von der Kirche, von der Einsegnung. Fräulein Krüter hatte ihn wollen in die Jugendweihe bringen. Sehr hatte er gebeten, das doch zu tun. Soviele Höner war das alles dort. Alle, die zur Jugendweihe gingen, verhöhnten ihn nicht... Aber dafür war die Mutter nicht zu haben gewesen...

Groß und breit stand Fräulein Krüter in der Küche: „Und was wird jetzt mit dem Jungen? Soll er bis an sein Lebensende Strümpfe stopfen und Heimarbeit schwitzen?“ „Na, Krüter, Sie sind wohl von Jott und alle Welt verlassen? Das ist doch wohl meine Sache, was ich mit meinem Jungen mache!“ „Ja, für die Eltern die vom Barrer sich die Kinder fürs Leben weihen lassen, bleiben sie der Eltern Eigentum und Halbtatschlogeloch.“ „Für uns moderne Leute, für die Aoten, liebe Steinmann, sind die Kinder nur für sich selbst da. Der Junge muß in die Lehre. Wenn Sie mal die Augen zumachen, was denn denn? He!“

Run ging es los. Ein Wort gab das andere. Hanne grub den Kopf in beide Hände. In seinem Einsegnungstag. Schon wie er heut morgen sich im Spiegel gesehen hatte mit dem blauen Anzug, den die Mutter für schweres Geld hatte nach Maß machen lassen müssen, war er so traurig geworden. Alles schlubberte an ihm herum... Und plötzlich wuchs in ihm riesengroß so ein hartes, Festes. Er stand auf:

„Mutter, Fräulein Krüter hat recht. Du kannst ja mit mir machen, was Du willst. Aber daß ich nicht einmal ins Wasser gehe, das kannst Du nicht verhindern. Und das tue ich, wenn ich nichts weiter werde als was ich schon bin, der Bucklige.“ Fräulein Krüter warf die Tür zu...

Verblüfft starrte ihn die Mutter an. Dann setzte sie sich auf die Kohlenkiste und fing bitterlich an zu weinen. Und es war, als wenn alles Leid, das die grauame Ritugend Hanne so reichlich zugeteilt hatte in seiner Kindheit, mit erneuter Wucht vor ihm aufstand. Er schlang seine Arme um der Mutter Hals und weinte herzbrechend mit.

Sie rechnete ihm vor, wie bei dem Keinen Fabriklohn es ja gar nicht möglich sein würde, ihn drei oder vier Jahre zu erhalten. Die Dämmerung war herabgesunken, und immer noch hatten sie beide in der dunklen Küche auf dem Kohlenkasten... Aber es dünkte Hanne mit einem Male als die schönste Stunde seines Lebens bisher, denn die Mutter hatte ihn in ihre Arme genommen, gestreichelt und geküßt und dabei so gut und so weich gesagt: „Mein armer, armer Junge...“

Da dachte Hanne bei sich, es ist auch besser so... Auch im Handwerk nehmen sie immer erst die Gesunden, Kräftigen. Wehe, wenn er dann der Mutter zur Last gelegen hätte. Auch hätte ihm Uhren reparieren gar keinen großen Spaß gemacht... aus Gold schöne Schmuckstücken herstellen, das wäre etwas gewesen... So sagte er auch zu Fräulein Krüter...

Die aber ruhte nicht und hatte einen Genossen in der Partei ausfindig gemacht, und eines Tages gab sie Hanne einen Zettel mit dessen Adresse. Und so kam es, daß Hanne bei voller Kost und einem Anzug in die Goldschmiedewerkstatt des größten Geschäftes der Stadt aufgenommen wurde. Sein kleines bis dahin so oft verwundetes Herz fing an zu heilen und füllte sich mit einer großen Liebe, mit der Liebe zur Arbeit. Er blieb zwar das Waisenpütel der Werkstatt, er konnte das Zeichnen nicht lernen, aber er vergaß, daß er verwaist war...

Drei Jahre waren vergangen. Eine eilige Arbeit sollte fertig gemacht werden; da erkrankten zwei Gesellen an der Grippe. Der Meister konnte nicht alles allein machen. Er gab die Steine, Saphire, gelbe und weiße Brillanten Hanne mit. Die Zeichnung war verschwunden dazu. Hanne war der einzige, der sie sich näher angesehen hatte. Und so arbeitete er aus dem Kopf. Nur machte es ihn unfähig, wenn der Meister ihm auf die Hände sah. Heimlich arbeitete er alles vor, und am Sonntag, gleich nach Hellwerden, ließ ihn der Wächter ein, um das Stück fertig zu machen...

Sprachlos stand am Montag der Meister davor. Siedendheiß wurde es Hanne. Denn es hätte wohl nach manchem anders gemaht. Davu aber fehlten ihm noch Steine und Meißel. Doch es die ursprüngliche Form nach der Zeichnung nicht war, konnte der Meister nicht wissen. Hanne konnte zwar nicht zeichnen, aber in seinem Kopfe stand alles aufgemalt. Mit dem Werkzeug und dem Material

zeichnete er aus freier Hand seine Arbeit... Der Meister holte den Chef. Der kniff ein Auge zu:

„Und daß wir so was als Lehrling im Hause haben, bemerken Sie erst auf diese Weise?“

Hannes Herz machte rud, rud und schien zu stehen... Jetzt stog er hinaus... Wie konnte er auch eigene Ideen haben. Immer nur Waisenpütel in den Werkstätten, Handlanger den anderen, dazu längte es.

Da drehte sich der Chef herum: „Ihre Saukaue im Zeichnen müssen Sie verbessern. Reiden Sie sich auf der Kunstgewerbeschule für die Abendkurse. Dafür langen Sie morgens später an.“... Er ging.

Hanne aber erbebte in diesem Augenblick seine ureigenliche Geburt. Groß und breit stand Fräulein Krüter vor seinem inneren Auge: „Auch keine Leute können merkwoll sei...“

Da mit Deinen langen feinen Fingern wirst es einmal. Darauf ist man die Schokolade. Fein, was? Und so sein wird es später. Es muß doch auch keine Leute geben.“

Ein feiner Schmerz zog durch seine Brust. Warum hatte Fräulein Krüter, die Fremde, so an ihn geglaubt und warum nicht die Mutter?

Barnowski verläßt das Leffingtheater. Direktor Barnowski muß das Leffingtheater aufgeben, in dem er 11 Jahre lang zum Nutzen einer anständigen und auch stilvollen Theaterkunst gemogt hat. Er wird verdrängt von tüchtigeren Unternehmern, denen die Kunst nicht so heilig ist wie ihre Kasse. Als Otto Brahmns vor vielen Jahren das Deutsche Theater aufgeben mußte, weil Max Reinhardt ihn ausmietete, da wußte wenigstens ein tüchtiger Mann vor dem anderen tüchtigen Mann. Brahmns fand auch bald ein neues Unterkommen in jenem Leffingtheater, dessen Türen sich jetzt vor Barnowski schließen. Heute ist man gleich obdachlos, wenn die Leute mit dem großen Portemonnaie den Hinauswurf besorgen, und so weiß man auch nicht, was Barnowski eigentlich beginnen wird. Es heißt, daß er in Amerika deutsche Kunst zeigen möchte.

Diese Kunst kann sich sehen lassen. Barnowski ist stets ein anständiger Direktor gewesen, der Geschäft und Stil gut miteinander verband. Er folgte zwar der Mode, daß er in einem Haus Operette und im anderen ernstes Schauspiel gab, aber er tat es doch nur mit halbem Herzen, um durch das Theater der schönen Beine zu verdienen, was er am Theater der ehrlicheren Mäuler zugehen konnte. Man dankt es ihm, daß er Kautenloch, den bis zu seinem Tod vernachlässigten Dichter, auf die Bretter brachte. Er hat so das Andenken einer starken Individualität geehrt und war bei alledem gar nicht furchtsam. Wildgans und Eulenbera und Strindberg und Goethe und Blumenthal, das ist gewiß ein buntes Potpourri, aber der Mann, der alles das inszenierte und dazu noch Shaw und Schnitzler, bemühte sich stets, für den guten Geschmack zu retten, was dem hariföppigen, nur das Amusement verlangenden Publikum abzurufen war. Als Regisseur lebt er von den Idealen einer großen Vergangenheit. Als Wegbereiter für die Modernen ist er schließlich auch mit Georg Kaiser gesamen. Der geistige Aufwand, den er brauchte, war nicht unbeträchtlich, denn die Leute, die heute einen Parteitrag voll bezahlen, sind nicht nur in den Mustern verweilt, sondern auch in den oberen Bezirken unterhalb des

Die Aufbesserung der Beamtengehälter.

Nachdem die Spitzenorganisationen der Beamtenverbände am Mittwoch beim Reichsfinanzministerium, beim Post- und Verkehrsministerium wegen Erhöhung der Beamtensubjekte vorgesprochen hatten, wird amtlich dieser Bericht herausgegeben:

„Die mit Wirkung vom 1. Dezember 1923 festgesetzten Gehaltsbezüge der Reichsbeamten mußten im Interesse der Aufrechterhaltung der damals gerade unter großen Opfern erlangten Stabilität der Währung und zur Balancierung des Ubergangshaushalts des Reiches derart niedrig gehalten werden, daß die Reichsregierung sie schon damals als nur für eine kurze Ubergangszeit tragbar erklärte. Eine gewisse Aufbesserung erfolgte deshalb schon mit Wirkung vom 1. April 1924 ab, insbesondere auch mit Rücksicht auf die Steigerung der Mieten. Diese Regelung trug aber den Lebensnotwendigkeiten der Beamten noch nicht ausreichend Rechnung, vielmehr blieben ihre Bezüge in den unteren Befoldungsgruppen noch um etwa 25 Proz., in den mittleren und höheren Befoldungsgruppen bis zu mehr als 50 Proz. hinter den Vorkriegszeit zurück.“

Wenn nun auch nach dem verlorenen Kriege von allen Teilen der Bevölkerung Opfer gebracht werden müssen, so erfordert es doch staatspolitische Notwendigkeiten, daß die mit der Erfüllung der Staatsaufgaben betrauten Beamten vor den größten wirtschaftlichen Sorgen geschützt werden, insbesondere sind auch die Opfer, die bisher nicht nur von den Beamten des unteren, sondern besonders auch von denen des mittleren und höheren Dienstes verlangt worden sind, so groß, wie bei kaum einem anderen Teil der Bevölkerung. Diese Verhältnisse sind jetzt nicht mehr tragbar. Vielmehr drängen sie zu einer grundlegenden Änderung, wenn der wirtschaftliche Zusammenbruch dieser Beamtenschaft und damit schwere Schädigungen für das allgemeine Staatswohl verhindert werden sollen.“

Mit Wirkung vom 1. Juni sollen daher die Grundgehälter auf 80 Proz. der Grundgehälter von 1913 umgestellt werden. Unter Hinzurechnung der sozialen Zuschläge (Frauen- und Kinderzuschläge) nähern sich dann die Bezüge der verheirateten unteren Beamten mit mehreren Kindern denen von 1913, während die der Beamten in den mittleren und höheren Befoldungsgruppen auch unter Hinzurechnung dieser sozialen Zuschläge noch immer nicht unerheblich hinter den Vorkriegsbezug zurückbleiben.

Wenn diese Regelung auch noch nicht allen Wünschen der Beamtenschaft Rechnung tragen mag, so muß doch andererseits beachtet werden, daß sie das äußerste darstellt, was bei der gegenwärtigen Finanzlage des Reichs mit einer ordnungsmäßigen Haushaltswirtschaft vereinbar ist und wegen der möglichen Rückwirkung auf die Wirtschaft gerade noch verantwortet werden kann.“

Der Hauptinhalt dieser Mitteilungen ist unseren Lesern bereits aus der gestrigen Morgenausgabe unseres Blattes bekannt.

Die Pariser Reichsbahnkonferenz.

Paris, 23. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Das Organisationskomitee für die deutschen Eisenbahnen, das am Freitag die Beratungen über die Maßnahmen zur Umwandlung der Reichsbahn in eine Gesellschaft forschte, hat beschloffen, vorläufig von der Zuwahl des im Gutachten der Sachverständigen vorgesehenen fünften neutralen Mitgliedes abzusehen, da man auf eine rasche Einigung zwischen den von der Reparationskommission ernannten und den deutschen Delegierten rechnen zu können glaubt. Das Komitee wird Anfang Juni seine Beratungen von Paris nach Berlin verlegen. — Das Komitee für die hypothekendarstellende Belastung der deutschen Industrie wird sich am 2. Juni konstituieren. Hier wird sich die Zuwahl eines fünften Mitgliedes aller Voraussicht nach nicht umgehen lassen.

Das braunschweigische Staatsministerium hat als Tag der Vorabstimmung über das Volksbegehren betreffend die Auflösung des Landtages den 13. Juni bekanntgegeben.

Die Haupttagung des Preussischen Städtetages wird voraussichtlich im Laufe des Monats September stattfinden.

gepflegten Schapfes. Sollte Barnowski wieder eine Heimat finden, dann würden sich alle freuen, die nicht vollkommen an die Verpöbelung des Berliner Theaters glauben.

Vorläufer des Kinetographen. Es ist gerade jetzt ein Jahrhundert her, seit der wissenschaftliche Grund gelegt wurde, auf dem der moderne Kinetograph erwuchs. So führte Will Day in einem Vortrage aus, den er vor der Londoner Gesellschaft der Künste hielt, und in dem er die Vorfahren der Kinetographie bis in die fernste Vergangenheit zurückverfolgte. Er sah, einem Referat in der „Technik für Alle“ zufolge, die ersten Anfänge der Kinetographie in den orientalischen Schattenspielen, die ja zu den frühesten Urformen des Theaters gehören. Nach den Forschungen, die der englische Gelehrte angestellt hat, waren die Chinesen schon vor 7000 Jahren Meister in der Kunst, Figuren, die aus Bienenwachs geschnitten waren, auf einem weichen Pergament als Schatten erscheinen und die wunderlichsten Bewegungen ausführen zu lassen. Diese chinesische Schattenkunst, die sich bis auf den heutigen Tag erhalten hat, taucht dann überall im Morgenlande auf, ist in Ägypten und Persien heimisch und hat die orientalische Bühne in mannigfacher Hinsicht bestimmt.

Den Beginn der modernen Kinetographie datiert Day vom Jahre 1824. In diesem Jahre veröffentlichte ein englischer Gelehrter, Dr. Roger, eine Abhandlung, in der er die bereits von Leonardo beschriebene Camera obscura und die darauf begründete Laterna magica mit dem perspektivischen Prinzip der Panoramendarstellung verband. Die Mode, große Panoramen zu malen und aufzustellen, kam damals auf und wurde außerordentlich vervollkommen. Im Jahre 1839 gelang es dem englischen Erfinder William Friese-Greene, mit dem Prinzip der „Zauberlaterne“ die Fortschritte der Photographie zu verknüpfen und den ersten Zelluloidfilm herzustellen. Das Patent, das er auf diese Erfindung nahm, bildet den Grundstein für die technische Entwicklung des Lichtbildes. (Die deutsche Erfindung hat der englische Gelehrte offenbar gar nicht berücksichtigt.)

Eine Umwälzung des drahtlosen Verkehrs. Nach englischen Mitteilungen soll Marconi ein neues kurzweiliges System erfunden haben. Diese Erfindung mache es möglich, nach jedem Teil der Welt Mitteilungen von irgendeiner Station zu einem Kostenpreis zu senden, der nicht mehr den zehnten Teil der Betriebskosten großer Stationen ausmache. Versuche seien auf eine Entfernung von 2500 Meilen gemacht worden. Die Marconigesellschaft erklärte, daß die Entfernungen, auf die die Mitteilungen nach dem neuen Verfahren gerichtet werden könnten, völlig unbegrenzt seien. Das System habe jedoch auch Nachteile; einer davon sei, daß es unmöglich sein werde, von diesen Stationen Mitteilungen allgemein zu verbreiten, da sie höchstens in zwei oder drei Richtungen gesandt werden könnten.

Ein Volkshochschulplan eröffnet Dr. Frey Klatt von Mitte Juni an im Odeontheater, wo Hörer der Volkshochschulen neben ihrer Erholung zugleich geistige Anregung und Förderung finden können. Alle weiteren Klammern im Bureau der Humboldt-Hochschule, S. 16, Köpenicker Str. 106, II.

Ein Heringsfest. Die Fischsammlung des Wiener Naturhistorischen Museums wird demnächst um einen Heringsfest bereichert werden. In den letzten 120 Jahren hat man nur 40 solcher Tiere gefangen. Der Heringsfest ist ein Fischfest, der eine Länge von fast sechs Metern besitzt. Er hat die Grundzüge der ursprünglichen, meist behäuteten Seefischerei geblieben.

Stillelegungen im Ruhrgebiet.

Krupp.

Essen, 23. Mai. (W.B.) Von der Krupp'schen Gußstahl-Fabrik wird mitgeteilt, daß infolge des Kohlenmangels ein Teil der Feuerbetriebe morgen früh, der andere Teil Sonntag früh stillgelegt werden muß. Bismarck die mechanischen Betriebe weiterarbeiten können, die den aus Kohle erzeugten elektrischen Strom, Dampf usw. verbrauchen, wird im Laufe des morgigen Tages festgestellt werden. Ein an sich noch möglicher Ausweg, daß nämlich die Belegschaft der mitten im Werk gelegenen Krupp'schen Zechen Sätzer Renad unbeschadet der zündigen Regelung im Bergbau die für einen eingeschränkten Betrieb der Gußstahlfabrik erforderliche Kohle gefördert hätte, ist dem Vernehmen nach daran gescheitert, daß die Belegschaft dieser Zechen mit Rücksicht auf die Frage der Arbeitszeit der Ubergangsarbeiter und im Hinblick auf die Solidarität mit den anderen Bergarbeitern sich hierzu nicht bereit gefunden hat, obwohl sich auf diese Weise die Möglichkeit geboten hätte, 30 000 Arbeiter der Gußstahlfabrik noch in Arbeit zu erhalten.

Thyssen.

Hamborn, 23. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Die Thyssen-Hütte in Hamborn gibt durch Anschlag bekannt, daß infolge Kohlenmangels ab Freitagmorgen die Weiterarbeit und die Aufrechterhaltung des Betriebes nicht mehr möglich ist. Die Hütte wird wegen Reichsausführung der Roßtaube und Ubergangsarbeiten stillgelegt. Die noch vorhandenen Kohlenvorräte sollen in der Hauptsache den Gas- und Wasserwerken des Thyssenkonzerns, der Hamborn und verschiedene andere Städte des Ruhrgebietes mit Gas versorgt, zur Verfügung stehen. Auf diese Weise wird es möglich sein, bis Mitte nächster Woche die öffentliche Gasversorgung noch aufrecht zu erhalten. Die Zinkhütte in Bergedorf hat wegen Kohlenmangels den Betrieb eingestellt. Englische Kohlen waren nicht zu erhalten, da die Transportarbeiter in Duisburg die Ausladung verweigerten.

Auszahlung des Restlohnes.

Bochum, 23. Mai. (W.B.) Auf vielen Zechen des Ruhrgebietes ist gestern der Restlohn ausgezahlt worden. Die Auszahlungen sind überall ohne Zwischenfall verlaufen, auch hat die Zahl der gewalttätigen Unterbindung der Roßtaubarbeiten auf den Ruhrgruben gestern ganz erheblich abgenommen.

Wie gewöhnlich . . .

Zweierlei Maß.

Torgau, 23. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Im Eilenburger Landfriedensbruch-Prozess gegen 22 angeklagte Arbeiter wurden drei Angeklagte zu je 8 Monaten Gefängnis, die übrigen zu Strafen von 1 bis 7 Monaten verurteilt. Acht Mann wurden freigesprochen. Von den beteiligten Stahlhelm-Leuten ist nicht ein einziger angeklagt. Sie traten im Gegenteil als Hauptbelastungszeugen auf.

Der hannoversche Provinziallandtag stimmte gutachtlich der Vereinigung der beiden Unterweserbäder Geestemünde und Lehe zu einer neuen Stadtgemeinde Wesermünde zu. In der Debatte wurde mitgeteilt, daß die Stadtverordnetenversammlungen beider Städte auch in der neuen Zusammensetzung diese Vereinigung wünschen.

Die Tragödie eines Kommunisten.

Der Selbstmord Lutwinow's.

Ein Moskauer Telegramm meldete kürzlich, daß einer der führenden russischen Sowjetpolitiker, das Vorstandsmitglied des Zentralkomitees des Sowjetbundes und des Zentralrates der Gewerkschaften, Jurij Lutwinow, Selbstmord begangen hat.

Wer die russische Revolution begreifen, ihre Erfolge und Niederlagen, ihre Utopien und Rückschläge verstehen will, wird durch den tragischen Tod Lutwinow's zu neuen Erkenntnissen geführt. Dieser bolschewistische Arbeiter, der den Weg von der Drehbank in der Fabrik bis zu den höchsten Staatsämtern durchschritten hatte, schloß sich eine Kugel durch den Kopf, als er erkannte, daß der von den Kommunisten geschaffene neue Kapitalismus die ungeheuerlichsten Widersprüche erzeugte und daß die in dem armen, hungernden Rußland herrschende terroristische Diktatur nur einen neuen Zustand der Barbarei ins Leben rief.

Lutwinow war ein ehrlicher, aufrichtiger sensibler Mensch, einer von jenen, die nicht nur mit ihrem Gehirn, sondern mit ihrem Herzblut bei der Sache sind. Keine Führernatur, aber ein talentvoller Vertreter der Arbeitermasse, kein Politiker, aber ein getreues Echo Hunderttausender von Proletariern. Wie in einem Mikrokosmos spiegelt sich in ihm die ganze Tragödie der russischen Revolution.

Anfangs war er ein begeisterter Anhänger der forstigen Verwirklichung des Kommunismus. Deshalb nahm er leidenschaftlichen Anteil an dem sozialwissenschaftlichen Novembersturz des Jahres 1917. Aber die „neue soziale Ordnung“ schuf sehr bald unerwartete Situationen. In der herrschenden kommunistischen Partei setzt eine soziale Differenzierung ein, die Gegenläufe zwischen den oberen und unteren Schichten verhärtet, jede Selbsttätigkeit der Arbeitermasse wird unterdrückt, die militärischen Methoden werden aus der Armee in die Betriebe hineingetragen. Lutwinow schließt sich der Gruppe der „Arbeiteropposition“ an, die den Kampf gegen Lenin und das Zentralkomitee aufnimmt. Er führt einen hartnäckigen Kampf innerhalb der Partei und wird deshalb allen möglichen Repressionen ausgesetzt. Als Gewerkschaftsführer ist er besonders energisch auf gewerkschaftlichem Gebiete tätig. Sein Kampf endet schließlich mit seiner Verbannung für ein Jahr nach dem Auslande.

Lenin kapitalisiert vor dem Kapitalismus und führt die „Neue Wirtschaftspolitik“ ein. Der freie Handel und das einsetzende Barockhand der Spekulation schiebt die neue Bourgeoisie in den Vordergrund. Der Bürger atmet auf, der Bauer verbessert seine Wirtschaftslage, selbst die Arbeiterlöhne beginnen sich ein wenig zu heben. Aber für den sensiblen Lutwinow beginnt hier eine neue Periode des inneren Kampfes und der Selbstquälerei. War nicht der ganze Kommunismus eine trügerische Utopie, wenn er nach Eroberung der politischen Macht das wirtschaftliche System des Kapitalismus fördern muß? Wohnte es sich für die kleinen Anfänge des Sozialismus, die erhalten blieben, einen so hohen Preis zu zahlen, der vor allem von der russischen Arbeiterklasse getragen wurde?

Lutwinow quälte sich unter allen diesen Widersprüchen. Seine ganze Charakteranlage trieb ihn zu neuen Kämpfen vorwärts, aber er vermochte nicht mehr zu unterhalten, welchen Weg er einschlagen sollte. Er war natürlich kein Anhänger der parlamentarischen Demokratie. Aber die Diktatur . . . sie wäre gut gewesen, wenn sie wirklich zum Kommunismus führte, aber welchen Zweck hatte sie, wenn unter ihrer Herrschaft mit Wissen und Willen der kommunistischen Regierung die Ausbeutung der Arbeiterklasse gefördert wurde? Und er selbst, als Mitglied dieser Regierung, nahm Anteil an dem Aufbau der neuen Ordnung, die von allen kapitalistischen Elementen des nachrevolutionären Rußlands gutgeheißen wurde.

Die selbstzufriedenen Sinowjew's, die grundlaglosen Kadeks, Hunderte von Bureaukraten aus den Reihen der ehemaligen Revolutionäre, die gesättigt und versichert auf ihren Posten sitzen, nehmen diese Entwicklung als etwas Naturnotwendiges hin. Lutwinow jedoch sah sie außerstande, so weiter zu gehen. Er suchte nach einer neuen klaren Idee. Aber trotz jahrelangen Suchens fand er keine Antwort. Es häuften sich vielmehr immer größere Wider-

Kontrolle der britischen Außenpolitik.

London, 23. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Ein großer Teil der Abgeordneten des Unterhauses, darunter Mitglieder der Arbeiterpartei und der Liberalen, haben eine Motion eingeleitet, um eine Debatte darüber zustande zu bringen, in welchem Umfange und in welcher Form sich in der Zukunft die Kontrolle der Außenpolitik durch das Parlament vollziehen soll. Sie haben gemeinsam einen Antrag eingebracht, in dem gefordert wird, daß die Regierung künftig kein diplomatisches Abkommen mehr mit irgendeinem auswärtigen Staat, das mittel- oder unmittelbar die nationalen Interessen berührt, treffen darf, ohne sich die Zustimmung des Parlamentes dazu vorher eingeholt zu haben, und auch zwischen dem Generalstab der Armee, der Flotte und der Luftverteidigung und den auswärtigen Staaten keinerlei Vereinbarungen mehr ohne parlamentarische Zustimmung abgeschlossen werden dürfen.

Diese Bindung der Außenpolitik ist vom Abg. C. D. Morel (Arbeiterpartei) im Unterhaus als Antrag eingebracht worden und trägt insgesamt 207 Unterschriften aus allen drei Parteien. Die Arbeiterpartei hat durch Fraktionsbeschluß die Regierung aufgefordert, die baldige Behandlung des Antrags zu veranlassen.

Polens Außenpolitik.

Beforgnis wegen des deutschen Wahlausfalls.

Warschau, 23. Mai. (Eigener Drahtbericht.) In seinem Erposé erklärte Außenminister Graf Zamoycki, die Verschlebung der innerpolitischen Lage in Frankreich würde das französisch-polnische Bündnis unberührt lassen. Dagegen sei das Ergebnis der Wahlen in Deutschland für Polen besorgniserregend. Polen wünsche ein gutes Einvernehmen mit Deutschland auf der Grundlage einer definitiven Konsolidierung der europäischen Verhältnisse. Ebenso wünsche es ein friedliches Nebeneinanderleben mit Sowjetrußland, könne aber seine Einmischung in Polens inneren Verhältnisse nicht dulden. Die amerikanische Einwanderungsbill verschlebe die Tore Amerikas auch dem polnischen Element. Polen werde gezwungen sein, seinen Export erheblich zu vermindern und neue Absatzmärkte, besonders im fernen Osten zu suchen. Hierbei werde seine neue Tarifpolitik eine erhebliche Rolle spielen.

Warschau, 23. Mai. (Eca.) In der dreistündigen Rede des Außenministers Graf Zamoycki heißt es u. a.: Die deutschen Wahlen zeigten davon, daß in Deutschland weiter das Bestreben bestehe, der Ordnung der Dinge, die in den großen Friedensverträgen festgelegt worden seien, wieder entgegenzutreten. Die ganze Welt müsse mit Unruhe die

ungeklärten Revanchetendenzen Deutschlands

verfolgen. Diese Bestrebungen riefen in Deutschland selbst einen Zustand großer wirtschaftlicher und politischer Unruhe hervor, und seine Verlängerung liege nicht im Interesse des deutschen Volkes. Polen warte mit Ungeduld auf den Moment, in dem die einmütige Aktion der verbündeten Mächte Deutschland davon überzeugen werde, daß seine Rechnung auf ein Umstoßen aller internationalen Verträge trügerisch gewesen sei. Dann werde auch die Zeit kommen, wo zwischen Deutschland und Polen normale gutnachbarliche Beziehungen herrschen würden.

sprache an, die er nicht zu lösen vermochte. Unter dem Druck dieser nicht gelösten Widersprüche schied er freiwillig aus dem Leben.

Der Selbstmord Lutwinow's war ein Schlag ins Gesicht seiner Genossen und Kollegen, denn sie sind schuld an seinem Tode. Und noch ein zweites: Lutwinow steht nicht allein: Hinter ihm stehen viele Tausende kommunistischer Arbeiter.

Hören wir die offiziellen Reden, die an seinem Grabe gehalten wurden. Sonderbare Reden, alle von demselben Selbstmord durchdrungen:

„Wir müssen — erklärte Trozki — allen Arbeitern, allen Mitgliedern der Partei und insbesondere unserer Jugend sagen, daß niemand dem Beispiel Lutwinow's folgen darf. Niemand von uns hat das Recht, selbst unter den schwersten Bedingungen, freiwillig seinen Posten zu verlassen.“

„Der Ausweg Lutwinow's — erklärte Bucharin — ist kein Ausweg für einen Kommunisten!“

„Wir dürfen — erklärte der neue Premierminister Rykow — dem Beispiel Jurij Lutwinow's nicht folgen.“

In allen diesen Reden herrscht dasselbe Motiv, dieselbe Unruhe vor. Die Redner haben recht. Wenn Selbstmord, die unter den abwechselnden Verhältnissen unter den besten Elementen des Kommunismus epidemisch zu werden drohen, trotz allem nur einzelne treffen dürften, so besteht für die kommunistische Partei und die Diktatur eine weit größere Gefahr. Enttäuschte Einzelpersonen gehen freiwillig fort, eine enttäuschte Masse scheidet aus der aktiven Politik aus. Während Lutwinow seinem Leben durch einen Revolveranschlag ein Ende macht, trennen sich Hunderte kommunistischer Arbeiter geistig und seelisch von der Politik des Kommunismus. Die Mitgliederzahlen vermögen niemand darüber hinwegzutäuschen. Wesentlich ist, daß Aktivität und Heroismus sterben und daß mit ihnen das Fundament des russischen Kommunismus zusammenbricht.

Diese Perspektive zeichnet sich vor den Augen Trozki's, Bucharins und Rykows ab. Sie erkennen die furchtbare Bedeutung dieses Vorganges und stehen deshalb ihre Gemeinde an: „Folgt dem Beispiel Lutwinow's nicht, laßt uns nicht im Stich!“ Aber sie vermögen ihre eigene Verantwortlichkeit nicht zu erkennen. Denn sie, die Führer, sind verpflichtet, jene neuen Wege zu weisen, die Tausende anderer Lutwinow's vor physischem oder geistigem Selbstmord, vor neuen Enttäuschungen und vor endgültigen Niederlagen bewahren können. Sie, die Führer, müßten den Weg zu den Grundrissen und zu der Tragödie der alten Sozialdemokratie finden, die allein imstande ist, das Phantos des Kampfes und den Idealismus der Ziele mit einer realistischen Taktik zu vereinigen und die Arbeiterbewegung vor Niedergang und Verfall zu bewahren.

Aber die kommunistischen Führer wollen und können diese Schlussfolgerung nicht ziehen. Und deshalb werden sie nicht nur einmal das Ausscheiden der Besten aus ihrer Mitte zu beklagen haben.

Nachrufe für Lutwinow.

Moskau, 21. Mai. (D.E.) Der Selbstmord Lutwinow's, dem als einem der Mitglieder des Zentralkomitees des Sowjetbundes ein feierliches Begräbnis unter Teilnahme aller führenden Sowjetpolitiker bereitet wurde, hat in den ihm gewidmeten ehrenvollen Nachrufen doch eine gewisse Kritik erfahren. U. a. deutete Kadek in einem Retrospektiv, daß Lutwinow unter der Bureaukratisierung des Sowjetismus, der Langsamkeit des Sanierungsprozesses in Rußland und der unbewägbaren Ungleichheit der materiellen Lage der einzelnen Parteimitglieder mehr als andere gestimmt habe. Bemerkenswert wurde auch, daß Trozki am Grabe u. a. sagte, Lutwinow's Selbstmord dürfe nicht als Beispiel angesehen werden, kein Mitglied der Partei dürfe seinen Posten verlassen, so schwer ihm die Lebensbedingungen auch erscheinen mögen.

Gewerkschaftsbewegung

Was jeder tun muß.

Nur langsam kommt die Unterstützung in Gang. Die Gelder aus den Sammelbüchern müßten schon viel reichlicher fließen. Wir veröffentlichen heute den Beschluß des Vorstandes des DGB, den Bergarbeitern 10 000 Mark zur Verfügung zu stellen und die Mitglieder dringend an ihre Solidaritätspflicht zu erinnern. Die anderen Organisationen haben sich bisher damit begnügt, den Aufruf des DGB und des IFA-Bundes in ihren Verbandsorganen zu veröffentlichen.

Wir wissen sehr wohl, daß fast alle Gewerkschaften gegenwärtig ausgedehnte Lohnkämpfe zu finanzieren haben und daß sie heute, ein halbes Jahr nach dem Ende der Inflation, noch nicht über die Kassenbestände verfügen, die zur Führung großer und hartnäckiger Kämpfe notwendig sind. Wir kennen nur zu gut die schwierige Lage der Arbeiterklasse, die nach den Jahren der Inflation und den langen Monaten der Wirtschaftskrise mit völlig unzureichenden Löhnen nicht imstande ist, längst notwendige Neuanschaffungen zu machen. Aber wenn es auch nur 50 Pf. sind, die jeder jede Woche gibt — und die muß jeder geben können — bei sieben Millionen freigewerkschaftlich organisierter macht das 3 1/2 Millionen die Woche. Und wenn jeder Verband im Durchschnitt nur 10 000 Mark aus seiner Kasse bewilligt, so macht auch das immerhin eine halbe Million.

Auch die Genossenschaften müßten durch Spenden von Lebensmitteln sich an der Unterstützungsbewegung beteiligen. Gewiß haben auch die Genossenschaften durch die Inflation schwer gelitten, aber im Verhältnis weit weniger als alle anderen Arbeiterorganisationen. Und die Genossenschaften würden dadurch den Beweis liefern, daß sie nicht nur Wirtschaftsorganisationen der Arbeiterklasse sind, sondern daß sie diese in ihren Kämpfen praktisch unterstützen, wie dies auch in anderen Ländern längst geschieht. Was die privaten Geschäftsleute des Ruhrgebiets tun, müßten die Genossenschaften auch können.

Man scheint sich in den breiten Massen der Arbeiterklasse noch nicht ganz klar zu sein, was im Kampfe der Bergarbeiter auf dem Spiele steht. Wenn wir auch diese in den Ruhrkampf verwickeln, wenn die Bergarbeiter gezwungen werden — wie es im letzten Schiedsspruch festgelegt wurde — bis 78 Stunden die Woche zu arbeiten, und das unter gesundheitsschädlichen Bedingungen, von denen sich der Fernstehende kaum eine Vorstellung machen kann — wie gedenkt man dann für die übrige Arbeiterklasse den Achtstundentag halten oder zurückerobern zu können? Wenn die Bergarbeiter sogenannte Mehrarbeit zu leisten gezwungen werden für einen Lohn, der noch hinter den Friedenslohn zurückbleibt, dann wird die Rückwirkung auf die Lohn- und Arbeitsbedingungen der gesamten Arbeiterklasse nicht ausbleiben können.

Gelingt es den Bergarbeitern aber, dank der praktischen, aktiven Solidarität der großen Massen zu widerstehen — und nur wenn ihnen alle helfen, werden die Bergarbeiter widerstehen können — gelingt es, dem gewalttätigen Nachdrängen der Zechenbesitzer eine Schranke zu ziehen, dann drängen wir damit zugleich ihren großen und unheilvollen Einfluß auf die Gesamtpolitik des Deutschen Reiches zurück.

Heute wagt niemand gegen die Schwerindustriellen aufzutreten. Die gesamte bürgerliche Presse, auch die demokratische, wagt nicht, für die ausgesperrten Bergarbeiter einzutreten. Nur die Bergarbeiter allein haben es gewagt, zu widerstehen. Gelingt es den Bergarbeitern, die Zechenbesitzer in die Schranken zurückzuweisen, als freie Arbeiter ihre Arbeitsbedingungen mitzubestimmen, dann ist die Schreckensherrschaft der Schwerindustrie gebrochen.

Wahlmängel im Unternehmerlager.

In das Präsidium der Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände, das bisher aus Geheimrat Dr. v. Borjig-Berlin, Generaldirektor Dr. Müller-König, Direktor Dr. Wittbauer-Chernich, Generaldirektor Dr. Eichberg-Berlin bestand, wurden, wie die Telegraph-Union meldet, am 21. Mai Direktor Dr. Bonhoeffer-Eberfeld, Kommerzienrat Ephraim Kottbus, Generaldirektor Dr. Hoffmann-Halle und Direktor Biehlhaber-Essen neu hinzugewählt. Den Vorsitz führt bekanntlich seit Dr. Sorge sein Amt niedergelegt hat, Borjig in Stellvertretung. Die Wahl des Vorsitzenden soll im Laufe des Monats Juni endgültig vorgenommen werden. Der Grund dieser Neuwahlen wird nicht angegeben. Wir verraten jedoch kein Geheimnis, wenn wir sagen, daß der wesentliche Grund dieser Neuwahlen wie des Rücktritts von Dr. Sorge in der wachsenden Spannung zwischen Schwer- und Fertigungsindustrie und der daraus resultierenden verschiedenen Einstellung in wirtschaftlichen und politischen Fragen zu suchen ist.

Aus dem niederschlesischen Bergbau.

Aus Bergarbeiterkreisen wird uns geschrieben: Im Waldenburger Gebirgsland existiert eine Steinkohlenindustrie, deren Belegschaft von jeher mit der allergrößten wirtschaftlichen Not zu kämpfen hatte. Ein richtiges Hungerland ist dieses niederschlesische Revier von je gewesen. In der Vorkriegszeit war hier eine Belegschaft von 27 000 bis 28 000 Arbeitern beschäftigt. Das Kaiserliche Regiment, eine erbarmungslose kapitalistische Aus-

beutung, war weltbekannt. Diese Verhältnisse haben sich nicht geändert. Heute sieht es besonders trübsalig im niederschlesischen Kohlengebiet aus. Die minderwertigen Kohlenarten des Reviers finden keinen Absatz mehr, sie bleiben zum größten Teil als alte Bestände auf den Gruben liegen. Eine geradezu fürchterliche Abwärtsreise hat in den letzten Monaten den niederschlesischen Kohlenbergbau erschüttert. Bis 9 Feiertagen waren auf einzelnen Werken im Monat zu verzeichnen. Das Bestreben der Unternehmer ging seit Monaten dahin, einen Teil der Arbeiterschaft abzustößeln.

Die Lohnverhältnisse sind, gemessen an der Teuerung, geradezu trübsalig. Im Monat Februar betrug der Durchschnittslohn aller Arbeitergruppen 3,52 M. je Schicht, der Durchschnitts-

Wer für eine lange Arbeitszeit

und Hungerlöhne ist, der zeichnet nichts auf die Bergarbeiterhilfe. Wer für die Entrechtung der Arbeitnehmer ist,

der läßt die Bergarbeiter im Stich

Wer für die Herrschaft der Schwerindustrie ist, der verleugnet seine Solidaritätspflicht. Wem alles gleich ist, knecht zu sein oder frei,

der verrät seine hungernden Arbeitsbrüder

leistungslohn der Heberlohnarbeiter nur 3,16 M., wobei alle an der Förderung beteiligten Arbeiter eine Stunde Mehrarbeit leisteten. Kein Wunder, daß seit dem Frühjahr eine ungeheure Abwanderung unter den Belegschaften des niederschlesischen Reviers begonnen hat. Was zurückbleibt und zurückbleiben muß, erlebt körperlich und kulturell einen katastrophalen Rückgang. In einzelnen Betriebsführerabteilungen müssen 20 Proz. der gesamten Arbeiter wegen Krankheitseisern. Tatsächlich ist der Gesundheitszustand dieser Bergarbeiter niederschlesens geradezu besorgniserregend. Noch schlimmer sieht es in den Familien aus. Frauen und Kinder sind in einem erbarmungswürdigen Zustand. Noch eine kurze Spanne Zeit, und die Arbeitgeber werden mit ihrer Lohn- und Arbeitszeitpolitik ein Menschenmaterial erreicht haben, das dem schweren Dienst des Bergmannes überhaupt nicht mehr gemachsen ist.

Schon verlor die Arbeitgeberseite dieser von ihnen zum großen Teile selbstverschuldeten Verhältnisse von auswärts, so vor allem auch aus der Provinz Pommern, Arbeitskräfte für den niederschlesischen Bergbau anzumerben. Doch jeder Arbeiter, der einem Bockruf nach Niederschlesien folgen will, möge sich das reiflich überlegen, zumal auch die Wohnungsnot in Niederschlesien ganz besonders groß ist. Dringend ist jedem anzuraten, bei der zuständigen Bergarbeiterorganisation Auskunft einzuholen, ehe er den bedenklichen Schritt tut und sich für den niederschlesischen Bergbau anwerben läßt.

Streikbeschluss der Tapezierer.

Die Verhandlungskommission der Tapezierer war am Donnerstag mit den Unternehmern nochmals zu Besprechungen über den Abschluß eines neuen Manteltarifs zusammengetreten. Wie in allen vorhergehenden Beratungen, die sich schon über drei Monate hinzogen, waren die Unternehmer auch diesmal nicht zu bewegen, von ihren Verschlechterungsanträgen abzusehen. Sie wollten die Arbeitszeit, die seit Jahren 48 Stunden pro Woche beträgt, verlängern haben, konnten sich nicht dazu verstehen, schon bei einholjähriger Beschäftigung Urlaub zu geben, wollten die Arbeitsverhältnisse nach ihrem Willen ummodellieren und auch kein Viertel Lohnzulagen geben, obwohl sie die Berechtigung der geforderten 15prozentigen Lohnerhöhung anerkennen mußten.

In einer Tapeziererverammlung gab gestern Abend Bevollmächtigter Müller den Bericht. Nach eingehender Aussprache wurde dem Vorschlag der Kommission gemäß der Streik beschlossen. Der Branchenkommission, die die Streikleitung übernimmt, wurde Vollmacht erteilt, den Streikbeginn selbst festzusetzen.

Arbeitsbedingungen der Gemeinbedarbeiter.

Die Lage der Gemeinbedarbeiter hat sich, genau wie die Lage der übrigen Arbeiterschaft, im vergangenen Jahre zum Teil bedeutend verschlechtert. Der Ausfall der Gemeinbedarbeiter wird auch hier ein Hemmnis für die unermessliche Aufbesserung des Lebensniveaus der in den Gemeinden tätigen Arbeiterschaft sein. Um so wichtiger ist es, die Lage der deutschen Gemeinbedarbeiter immer wieder mit den Verhältnissen ähnlicher Arbeiterkategorien im Ausland zu vergleichen. Die „Berkehrtschau“ macht z. B. Angaben über die Arbeitszeitbedingungen der Pariser Berkehrtsangehörigen. Die Arbeitszeit ist dort nach folgenden Gesichtspunkten festgelegt: Sie darf 48 Stunden in der Woche nicht überschreiten. Ein Tag in der Woche ist frei. Der Achtstundentag wird grundsätzlich anerkannt. Eine Schicht ohne Unterbrechung soll 9 1/2 Stunden nicht übersteigen, Bereitschaftsdienst nicht länger als 13 1/2 Stunden dauern. Zeiten für Mahlzeiten werden dabei eingerechnet. Es wird kein Unterschied gemacht zwischen freier Zeit am Sonntag und an Wochentagen. Jährlich werden 21 Tage Urlaub mit Lohn gewährt. Der Urlaub muß zwischen dem 1. März und dem 1. November genommen werden. Danach leistet jedermann im Jahre durchschnittlich 2360 Stunden Dienst. An besonders verkehrsreichen Tagen dürfen die Dienstdichten nach Vereinbarung mit den Gewerkschaften etwas länger sein, allerdings müssen die Überstunden dieser Tage im Laufe der Woche eingespart werden, da die tariflichen Vereinbarungen mit dem Personal unbedingt an der 48 stündigen Arbeitszeit festhalten.

Diese Vereinbarung für die Pariser Berkehrtsangehörigen haben die Rentabilität des Unternehmens in keiner Weise gefährdet. Im Gegenteil hat sich die finanzielle Lage von Jahr

zu Jahr gebessert. Das Defizit von 70 000 000 Franken im Jahre 1920 ist beseitigt und heute gleichen sich Einnahmen und Ausgaben durchaus vollständig aus. Nachdem die Beseitigung der Inflation die Hauptursache der Unrentabilität der kommunalen Berkehrtsunternehmungen behoben hat, müssen auch die Lohn- und Arbeitsbedingungen der in diesen Gemeinbetriebenen tätigen Arbeitnehmer auf ein menschenwürdiges Niveau gebracht werden. Dazu wird ein enges Zusammenarbeiten der Gewerkschaften und der sozialdemokratischen Stadtratsfraktion ein Bedeutendes beitragen können.

Achtung, Zimmerer!

Durch die Aufnahme der Arbeit durch die Maurer wird vielfach angenommen, daß auch der Streik der Berliner Zimmerer beigelegt sei. Dem ist nicht so. Der Streik der Zimmerer in Berlin geht verärgert weiter. Zugang nach Berlin ist deshalb strengstens ferngehalten. Alle Arbeiterblätter im Reich werden um Abbruch gebeten. Zentralverband der Zimmerer. Poststelle Berlin und Umgegend.

Gescheiterte Verhandlungen im bayerischen Baugewerbe.

München, 23. Mai. (Eiener Drahtbericht.) Am Freitag fanden vor dem Schlichter Verhandlungen zur Beilegung des bereits drei Wochen dauernden Kampfes im bayerischen Baugewerbe statt. Sie scheiterten jedoch, da eine Regelung der Arbeitszeit im Vergleichswege — die Arbeitgeber verlangen die 57 stündige Arbeitswoche — nicht gefunden werden konnte.

Der Streik der Schildermaler und -anmacher ist mit einem vollen Erfolge beendet worden. Sämtliche Streikende sind jetzt bei Firmen untergebracht, die die Forderung von 1,30 M. die Stunde schriftlich anerkannt haben. Die Firmen, die dem Verein Berliner Schilderfabrikanten angehören und den Lohnstarif der Schildermaler und -anmacher unterschrieben nicht anerkannt haben, bleiben gesperrt. Verband der Porzellanarbeiter Deutschlands, Wkt. Schildermaler, Deutscher Verlehsbund.

Streik bei Deuss! Die gesamte Belegschaft der Deuss-Kopieranstalt zu Berlin NW, Hüttenstraße 63/64, befindet sich seit dem 13. Mai im Streik. Die Arbeitnehmerseite ist nicht länger gemüßigt, für die Hungerlöhne von 7,40 M. bis 28,40 M. pro Woche (auch Familienlöhne) zu arbeiten. Darum unterstützt uns in unserem Kampfe und meidet solche Kinotheater, in welchem Deuss-Produkte vorgeführt werden.

Die Streikenden der Deuss-Kopieranstalt. Organisierte der Deutschen Filmgewerkschaft.

Neue Böttcherlöhne. Wie uns der Böttcherverband mitteilt wurde gestern im Schlichtungsausschuß Groß-Berlin mit den außerhalb des Arbeitgeberverbandes stehenden Hahnbäckern, Hahnbäckern usw. ein neuer Rahmentarif abgeschlossen. Gleichzeitig wurden die Löhne für Mai und Juni auf 85 Pf. pro Stunde festgelegt.

Die Reichsversicherungsanstalt in ihrer letzten Sitzung und die zu ihrer Verankerung und Ausführung erangenen Beschlüsse. Von Geh. Regierungsrat Dr. S. Schulz, Ministerialrat im Reichsversicherungsamt, Berlin, Neubrandenburger Straße, Preis in Ganzleinen geb. 14 M. Verlag von Reimer, Hertzberg, Berlin SW 61, Gröbberstraße 17.

Der Artikel mit seinen ganzen Forderungen, deren ausschlaggebende Inflationperiode, ist auch an der Sozialversicherung nicht spurlos vorübergegangen. Die angefallenen Vermögensbestände wurden verpulvert, der Rest samt den laufenden Beiträgen entwertet, die Anforderungen wurden größer und die Leistungen wesentlich verringert. Die Rechtslage auf dem Gebiete der Krankenversicherung lautet etwas verbessert werden durch teilweise Befreiung der getrennten Abrechnung. Organisation der Sozialversicherung und Abänderung der Rechtsstellung der Rentenanwärter.

Einstehend gibt der Verfasser einen Überblick über einige allgemeine Grundgedanken der RVO, und über die zu ihr erangenen Abänderungen, und Organisationsvorschriften, wobei er zunächst die Verhältnisse von allgemeiner Bedeutung behandelt und dann die Änderungen der einzelnen Zweige der Versicherung. Im Besonderen sind die Änderungen durch Antizipationen technisch gemacht. Der den 1909 Paragrafen und dem Einleitungsartikel folgende Artikel enthält die zur Umänderung oder Ausführung der RVO, und des Einführungsbeschlusses erangenen rechtlichen Regeln, Verordnungen und Bekanntmachungen, geordnet nach dem Tage des Erlasses. Die Gesetze und Bestimmungen die keine Bedeutung mehr haben, sind dabei weggelassen. Das Inhaltsverzeichnis umfaßt 8 Seiten, das Sachregister 18 Seiten.

Den Fachkreisen wird die vorliegende Neuauflage des Werkes recht willkommen sein.

Gewerkschaft Deutscher Volksschullehrer im RVO. Sonnabend, abends 7 1/2 Uhr, im Berliner Rathaus, Zimmer 109, Vollversammlung. Tagesordnung: 1. Richterwahl, 2. Erneuerung des Vorstandes.

Deutscher Baugewerksbund, Fachgruppe der Kleber, Mönchen, im Gewerkschaftshaus, nachmittags 5 1/2 Uhr, außerordentliche Mitgliederversammlung. Tagesordnung: 1. Bericht über die Lohnverhandlungen und Stellungnahme zu weiteren Forderungen, 2. Die Tarifverträge der Provinz Brandenburg am 1. Juni d. J., 3. Bericht der beiseitigen Landeskommission, Eintritt nur gegen Mitteilungsbeitrag.

WPA-Funktionäre der Metall-Industrie, Dienstag, den 27. Mai, abends 7 Uhr, Ruffstraße, WPA-Funktionärsversammlung. Tagesordnung: Stellungnahme zum Schiedsspruch über die Metallarbeiter, Bezahlungs- und pünktliches Erhalten erforderlich. Die Mitglieder des WPA-Metallfaktors treffen sich um 6 Uhr im selben Saal zu einer Vorbereitungsversammlung.

Glücksberg, Lange, Roths.

Wetterbericht für Berlin und Umgegend. Etwas kühler, größtenteils bewölkt, mit etwas Regen, bei mäßigen, südwestlichen Winden.

Verantwortlich für Politik: Ernst Reuter; Wirtschaft: Kurt Gatermann; Gewerkschaftsbewegung: Friedrich Götter; Justiz: Dr. John Schimanski; Schulwesen und Sonstiges: Fritz Korf; Auslagen: Dr. Glöck; Schriftlich in Berlin: Verlag: Hermann-Brosch G. m. b. H., Berlin. Druck: Hermann-Brosch-Verlag und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 5, Stern 1 Verlag, Stern 2 Verlag.

Sommersprossen

Jetzt ist es Zeit, Sommersprossen, Lederfelle, gelbe Flecke im Gesicht und an den Händen zu beseitigen durch Waschen mit Riorokrem und Riorokseife. Unschädlich und seit Jahren bewährt. Mit genauer Anweisung in allen Chlorodont-Verkaufsstellen zu haben.

Sonntägliche Wanderziele.

Fürstenberg / Lychn.

Mit den Fernzügen der Nordbahn fahren wir nach Fürstenberg (Sonntagskarte). Wir haben die Grenze der Mark Brandenburg überschritten, denn Fürstenberg gehört zum ehemaligen Reich „Dorckschüttings“, zu Westenburg-Streitig. Zwischen drei Seen liegt die Stadt, die von der Havel durchflossen werden. Vom Bahnhof wenden wir uns durch die Bahnhof- und Karlstraße zum Markt. Die Straße „Unter den Linden“ bringt uns zum Schloß, das jetzt ein Erholungsheim der Reichsversicherungsanstalt Heberberg. Wir wandern weiter nach Norden; bald haben wir die Landesgrenze überschritten. Fürstenberg liegt in einem Zipfel Westenburgs, der sich weit nach Süden ins Preussische erstreckt. Wir sind jetzt in Ravensbrück, einem Dorf, das dicht an Fürstenberg grenzt, aber bereits zu Brandenburg gehört. In östlicher Richtung wandern wir weiter, zuerst in der Nähe des Schwedtsees, dann des Stolpsees, den ebenfalls die Havel durchfließt. Links sehen wir den Sidomsee. Am Ende des Stolpsees liegt Himmelpfort, ein Dorf inmitten mehrerer Seen. Himmelpfort nebst Lychnen und Umgebung kamen durch den Krenmer Vertrag von 1236 an Brandenburg, gingen aber später an Westenburg verloren, von dem sie erst durch den Wittstocker Vertrag vom 12. April 1442 wieder abgetrennt worden sind. Im Dorfe liegen die Reste des 1299 als Filiale von Behnin gestifteten Zisterzienser Mönchsklosters, das eine „Pforte zum Himmel“ (Coeli Porta) sein sollte. Erhalten geblieben ist nur noch ein Haus an der Straße, wohl das Klosterliche Brauhaus, sowie die Ruine der Kirche, die aus dem 14. Jahrhundert stammt (vgl. Abbildung). Ein Teil von ihr wird jetzt noch zum Gottesdienst benutzt. Das Kloster war mit außerordentlich viel Land ausgestattet; das ganze Land Lychnen außer der Stadt selbst gehörte ihm, dazu noch ausgedehnte Besitzungen in Westenburg und Brandenburg. Himmelpfort gehörte zu den reich begütertesten Klöstern in der Mark Brandenburg. — Wenn die Gelegenheit günstig ist, dann treffen wir in Himmelpfort wohl auf einen Schiffer, der uns über den Haussee und durch die Babelschicht. Unvergleichlich schön ist diese Kahnfahrt. Der schmale Fluß führt durch prächtigen Hochwald, streckenweise Sumpfwald. Die Fahrt erinnert in diesem an Spreewaldpartien. Mühen wir jedoch zu Fuß weiter wandern, so gehen wir östlich zum Dorf hinaus, an der Samenbarre vorüber, zu einer kleinen Brücke. An dem Kreuzweg bald dahinter biegen wir links ab, an der Weiteitung weiterhin halten wir uns wieder links; wir kommen zum Roddersee, um den wir rechts herum wandern, bis wir an die Babelschicht kommen. Nun führt der Pfad unmittelbar an ihrem Ufer hin bis zum Forsthaus Babelschicht. Hier verläßt der Fluß den Großen Lychnensee. Auch dieser See gehört zu dem ausgedehnten Seengebiet, aus dem die Havel gespeist wird. Vom Forsthaus Babelschicht wandern wir in südöstlicher Richtung in einer Viertelstunde zu einer Wegteilung; hier wenden wir uns links. Linker Hand liegt der Mellensee und die Siedlung Brennickenerwerder. Der Weg führt am Rande einer Niederung weiter, dem verlandeten Teil des Mellensees. Bei einer scharfen Biegung des Fahrweges nach rechts folgen wir links dem Steig, der am Fuß der bewaldeten Uferhöhen bleibt. Links haben wir anfangs den verlandeten Niederungsrund des Großen Lychnensees, später diesen See selbst. Am Waldrand steigen wir zum Seeufer hinab; an den Freibädern vorüber kommen wir nach Lychnen. — Lychnen, ehemals ein Marktflecken, wurde in einer Urkunde von 1248 bereits als Stadt bezeichnet. Ihr Aufbau und die Einführung städtischer Verhältnisse wurde den Brüdern Daniel und Eberhard von Parnitz, einem Dorf im Osten, übertragen. Auch Lychnen, das 1236 an Brandenburg kam, ging an Westenburg verloren, von dem es 1442 ebenfalls wieder abgetrennt wurde. Wegen seiner Lage an der Grenze zwischen Westenburg und Preußen war Lychnen ein befestigter Ort; auch die natürliche Lage zwischen mehreren Seen ließ ihn zu einer wichtigen Grenzfestung werden. Von der Stadtmauer ist noch ein gut Teil erhalten, ebenso der Stargarder Torturm, von einem Storchneist gekrönt, am Nordausgang der Stadt. Mehrere große Feuersbrünste (1648 und 1732) suchten die Stadt heim und vernichteten vieles von alten Bauten. Die prächtige Lage an Wasser und Wald — zahlreiche größere und kleinere Seen gibt es hier und meilenweit ausgebreitete Wälder — haben Lychnen zu einem beliebten Erholungs- und Kurort gemacht. In dem südlich der Stadt

gelegenen Hohentzchen sind mehrere Erholungsheime und Heilanstalten. Vom Bahnhof Hohentzchen treten wir die Heimfahrt über Fürstenberg an. (Weglänge, ohne Kahnfahrt, etwa 20 Kilometer.)

Püttberg / Müggelberge.

Der Erknerzug bringt uns von den Bahnhöfen der Stadtbahn nach Wilhelmshagen. Vom Bahnhof wandern wir durch die Wilhelmstraße bis zur Frankenbergstraße. Dieser folgen wir nach rechts bis zu ihrem Ende. Vor uns sehen wir einen Bergzug aufragen, es ist der Püttberg. Unmittelbar aus der völlig ebenen Sohle des Berliner Urstromtals steigt er bis zu einer Höhe von



Klosterruine von Himmelpfort.

60 Meter über dem Meere oder 29 Meter über dem Talboden auf. Der Püttberg ist eine Düne, und zwar die höchste in der Mark Brandenburg. Wie ist es möglich, daß hier, tief im Binnenlande Dünen vorkommen, wird mancher fragen. Nun, Dünen sind nicht nur auf den Meeresstrand beschränkt, nein, auch mitten im Lande sind sie vorhanden, als sogenannte Binnendünen, sobald die Grundbedingung, loser Sand, da ist. Als nach dem Ende der Eiszeit der Pflanzenwuchs von den Sandflöden des Tales noch nicht Befreiung ergriffen hatte, war die Gelegenheit zur Dünenbildung äußerst günstig. Der Wind wehte den Sand zu Hügelchen zusammen, wie dies hier noch am Meeresstrand geschieht. Als später die Pflanzendecke den Sand genügend befestigt hatte, war es mit der Dünenbildung vorbei. Auf dem Kamm des Püttberges sehen wir, daß sein Streichen nach Südost, sein Flachhang nach Nordwest liegt. Hieraus ist zu schließen, daß westliche und nordwestliche Winde, wie sie auch während der Jetztzeit bei uns vorherrschen, an der Entstehung dieser Düne mitgewirkt haben. Denn Dünen haben immer an der Seite, die dem herrschenden Winde zugelehrt ist (Zugseite) eine sanftere Böschung, dagegen an der dem Winde abgekehrten Seite (Lee-seite) eine steile Böschung. Von hier oben genießen wir eine prächtige Aussicht nach den Müggelbergen, den Kranichbergen und den Berggruppen bei Fürstenuwalde. Dieses einzigartige Gebiet bildet ein erhaltungswürdiges Naturdenkmal. Leider ist man daran, es zu vernichten. Man will den Wald niederlegen und das Gelände parzellieren. Hoffentlich ist es den Bestrebungen zur Erhaltung dieses Naturdenkmals in letzter Stunde gelungen, diesen Raub am Gut der Allgemeinheit zu verhindern. In den Püttberg schließt sich im Südwesten der Schönungsberg an, von jenem durch eine Senke getrennt; er gehört ebenfalls dem sich von Woltersdorf bis Rahnsdorf erstreckenden Dünenzug an, ist jedoch nicht so hoch wie der Püttberg. In südlicher Richtung kommen wir nach Rahnsdorf, dem alten Fischerdorf, einem

echten Rundling, an der Einmündung der Spree in den Müggelsee. Der Kirchturm des Dorfes dient den über den Müggelsee von Friedrichshagen herkommenden Schiffen als Seezeichen, um die Spreemündung aufzufinden. Wir lassen uns übersehen nach Neu-Helgoland. Am Ufer des Kleinen und dann des Großen Müggelsees wandern wir zum Prinzenparken. Der Müggelsee gehört zu den größten Seen der Mark Brandenburg; seine Tiefe geht bis zu 8,5 Meter. Wir steigen auf die Müggelberge, die sich wie ein Gebirge im kleinen zwischen Müggelsee und Dahme hinziehen. Von dem Aussichtsturm haben wir eine prächtige Fernsicht. Im Westen tauchen die Türme und Schloße Berlins auf; nach Norden wird der Gesichtskreis durch eine deutlich wahrnehmbare Bodenerhebung, die Barnimhochfläche, begrenzt, die den Nordrand des Urstromtals bildet. Nach Süden öffnet sich das Tal der Dahme mit ihren Seen, und dahinter steigt die waldlose Teltomer Hochfläche auf, die das Urstromtal auf diesem Ufer begrenzt. Aus dem Waldgebiet des Tales erheben sich die Gafener Berge, die Sedduberge und die Bernsdorfer Höhen. Sie bilden ebenso wie die Müggelberge die Reste eines eiszeitlichen Endmoränenzuges. Als die Schmelzwasser des Inlandeises das Berliner Urstromtal auswuschen, wurde der Endmoränenzug vielfach durchbrochen. Bei Berlin wurden die damals noch zusammenhängenden Hochflächen des Teltow und des Barnim durchzogen, und die Wasser hatten freien Abfluß durch das Haveltal und das Elbtal zum Weltmeer. Für das Fortbestehen der Müggelberge kam dieser Durchbruch just rechtzeitig; wäre er später geschehen, so hätten die sich aufstauenden Schmelzwasser nach weiter die Bergänge gespült und die Höhen gänzlich eingeebnet.

Wir steigen von den Müggelbergen herab. An dem von Bergen rings umgebenen Teufelssee, in dem der Sog nach eine verarmte Prinzessin haufen soll, vorüber, kommen wir zum Wirtschaftshaus Müggelberg. Von hier führt der Weg dicht am Ufer des Sees zum Müggelberg, am Ausfluß der Spree aus dem Müggelsee. Die Fahrt bringt uns über den Fluß nach Friedrichshagen. Wir durchwandern diese Siedlung aus der Mitte des 18. Jahrhunderts, „Friedrichs-Wald“ genannt, in ihrer ganzen Länge bis zum Bahnhof. Von hier kehren wir nach Berlin zurück. (Weglänge etwa 15 Kilometer.)

Der billige Ausflug.

Die Erholungsfrage, wohin wir Sonntags gehen, ist immer noch für Hunderttausende von Berlinern abhängig von der Stärke des Geldbeutels. Wohl wissen wir, wo es auch in unserer Mark, nur wenige Meilen über das alte Berliner Reichsbild hinaus, wunderschön ist. Und doch erfordert eine solche sonntägliche Landpartie oft mehr Kopfschmerzen als der sorglose Rausch des Begüterten über Nacht im Erpreßzug nach dem sonnigen Süden. Dieses Rechnen mit jeder Rentenmark selbst für die einfachsten Wohlfahrten an Körper und Geist ist bei Vielen das deprimierende Stigma unserer Zeit. Dem Einzelnen fällt es, wenn auch der Arbeitslohn weit unter die Normalgrenze gesunken ist, wenigstens nicht gar so schwer, mit Solidität zu ersparen, was am Sonntag eine Wanderfahrt ermöglicht, über das Grau des Alltags hinaushebt und neuen Lebensmut schafft für weitere sechs Arbeitstage. Der Familienvater muß anders rechnen. Schon die Fahrtausgaben für vier oder fünf Köpfe spielen im Haushalt eine Rolle. So sehen wir denn die schwarze Menschenkette nach dem Tiergarten und dem Treptower Park zusammenströmen oder mit den Verkehrsinstanzen dahin, wo einer der vielen Ausflugs-erreichbar ist. Gewiß, schöner ist es als in den dunstgefüllten Straßen, auch wenn man Chauffeekauf schluden muß und in dem Menschen-gedreibe sich nicht recht behaglich fühlt. Viel schöner ist es dort draußen in ozonreicher Luft, wo die Wälder in den ausgedehnten Wäldern sich bald verkrümmen und man am Naturkneipen seine helle Freude hat! Das können mit den richtigen Positionen auch köpferreiche Familien mindestens einmal im Monat genießen. Es ist noch allgemein bekannt, daß beispielsweise eine Bahnfahrt nach Wasserhausen mit seiner schönen Umgebung nur 25 Pfennig kostet. Nehmlich billig sind die Preise nach Erkner, Dranienburg oder den Havelseen um Potsdam. Nur die Fernzonen mit ihren Preis-sprünge muß man meiden. Dann lieber mit Kind und Kegel ein

Die Flüchtlinge.

Roman von Johannes Vinnankoski.

Er hatte früher mitunter gefühlt, daß der Boden gleichsam etwas heiliges, mit großer Mühe und vielem Schweiß Erkaufte war. Jetzt aber wurde ihm etwas ganz Neues klar. Die Arbeit war nur das Eine. Wieviele Männer mochten begraben haben — wie er sie jetzt begrub — wie es Reskitalo — wie es seine Söhne taten. Niemand dachte daran. Das Getreide wogte, die Menschen schritten sorglos über die Beete, verkauften und tauschten sie wie Marktgäule, obwohl der Boden von den vielen Schmerzen der Vorfäter zitterte, wenn er jetzt für die Kinder Brotkorn hervorbrachte.

Er stand lange in tiefe, feierliche Gedanken versunken. Und als er schließlich weiterging, hielt er die Pferde zurück und schritt fast auf den Zehen über die jahrhundertalte, von Mühen feuchte, durch Schwerzen geheiligte Erde.

Nach einer Woche kam ein Brief — die Nachricht, daß die junge Frau einen Knaben geboren hatte. Wunderbar! Er wußte ja, daß eine solche Nachricht kommen mußte, doch als sie jetzt eintraf, war sie dennoch wie eine Lieberachtung für ihn.

Er konnte sich nicht richtig erklären, wie er zu der Vorstellung gelangt war, als ob Manta bei dieser Gelegenheit ganz aus dem Haus verschwinden werde, mit der Sünde und der Frucht der Sünde. Er hatte es nicht gedacht, er hatte es nur gefühlt — und auch nicht, ob Mutter und Kind sterben würden oder wie das Verschwinden vor sich gehen werde — sie würden nur ausgeföhrt werden und weg sein.

Doch jetzt lebte Manta, lebte der Knabe — das Verbrechen lebte vervielfältigt. Und es lebte nicht nur für Reskitalos Leute, sondern auch für ihn — den „Vater“.

Es bemächtigte sich Lutelas eine solche Aufregung, daß er nicht zu Hause zu bleiben vermochte, sondern das Beil unter den Arm nahm und in den Wald ging. „Ich werde die Gatter ausbessern,“ dachte er.

Er bewegte sich mit schweren, schleppenden Schritten vorwärts, ohne die Augen vom Weg zu erheben.

„Dahin ist es also gekommen?“ dachte er. „Ist sie wieder da, die Qual?“

Er ging den Zaunweg, dann die Landstraße mitten durch die Acker. Dann durch bewaldetes Gelände und vergaß die Gatter ganz.

Nachdem er einen langen, flachen Abhang hinangestiegen war, fühlte er sich vollständig ermüdet und setzte sich neben den Weg an den Grabenrand.

„Es ist nun ein Jahr her,“ dachte er, und mit Gewalt schossen ihm die Tränen in die Augen. „In einem Jahr kann man viel erleben, ein ganzes Leben.“ Er fühlte, daß sich sein Leben schließlich auf ein Jahr beschränkte.

„Ebenso mag es mit den Reskitalos sein. Auch die haben in diesem Jahre viel durchgemacht. So ist das Menschenleben!“

Er hörte das Geräusch von Schritten auf dem Wege. — Dort kam Kimpiläinen, rotbäckig und gutgelaunt, lebhaft seinen weißen Stod schwingend.

In Lutelas Brust begann es zu kochen.

„Weißt du es auch schon...?“ kam es über ihn.

Kimpiläinen näherte sich.

„Der hat etwas Böses im Sinn,“ schloß Lutela, „da er den Mund so zusammenzieht!“

Kimpiläinen grüßte und sprach:

„Na, das ist ein scheener Frühling — da kann der Vandmann zufrieden sein!“

„Jawohl — jawohl.“

„Und Sie sollen ja noch anderen Anlaß zur Fraide haben — ich wünsche Ihnen viel Glück dazu!“

Er entmann sich jedoch, daß er ein Lavaste war, und hielt an sich.

„Jawohl... Man braucht auch Arbeitskräfte — hier gibt es viel zu tun...“ versuchte er zu antworten, so gut er konnte.

„Ru freilich, und um so angenehmer, wo's noch in den Jahren passiert. — Wie alt sind Sie denn schon?“

„Ich? — erst in den mittleren Jahren — noch nicht mal volle siebzig!“

„Da denken Sie noch wohl lange zu läben,“ lachte Kimpiläinen. Er machte eine kleine Pause. — „Sie haben wohl früher keine Kinder gehabt — weil man keine sieht?“

Lutelas Blut begann wieder aufzuwallen, aber er beherrschte sich.

„O, eine ganze Menge!“ erwiderte er, Kimpiläinen gerade in die Augen sehend. „Wenn sie noch am Leben wären, hätte es hier keine Rot.“ Ihn schauderte — doch man durfte einen Savolager nicht über einen Lavaste lachen lassen. „Damals in dem Hungerjahr — das Nervenfieber — das hat viele Familien kleingemacht. — Es ist wohl hier nicht so schlimm gewesen?“

„Ne, ne,“ erwiderte Kimpiläinen, lachte auf und zwinkerte mit den Augen; das hatte ein Savolager immer gern, wenn

einer nicht um Worte verlegen war! Er küßte den Hut und ging wohlgeant weiter.

Lutela aber versank in noch schwerere Gedanken.

15.

Der Tag, an dem über die Taufe des Kindes Beschluß gefaßt wurde, war für Lutela ein schrecklicher Tag. Zwei Menschen, die nichts miteinander zu schaffen hatten, sollten für immer durch die Bande von Vater und Sohn vereinigt werden. Allerdings nur der Form nach — das wußte Lutela, und es hielt ihn aufrecht. Aber diese Bande waren fürchtbar, denn sie waren unauflöslich. Und es betraf nicht nur ihn, sondern es war zugleich ein Betrug sowohl gegen die göttlichen als gegen die menschlichen Gesetze — die Unterschlagung einer Sündenfrucht im Namen der Ehe. Konnte er an diesem Betrug teilnehmen?

Als er jedoch die Rot der alten Frau las: es ist ja sehr unrecht, aber helfen Sie uns doch, Lutela, um Gottes willen, dies zu einem Ende zu bringen — da überwand er seine Bedenken. Was lag an den früheren Gesetzen, wenn nur das innere erfüllt wurde, und dessen Erfüllung war: leiden mit den Leidenden.

„Als Namen haben wir Kustaa gedacht...?“ fügte die Frau scheu fragend hinzu.

„Das ist gut gedacht,“ erwiderte Lutela. Er konnte nicht anders, er mußte der leidenden Frau zusehen.

Und so beruhigte er sich auch darüber.

An dem Tag aber, als das Kind nach Hause gebracht wurde, ergriff ihn von neuem die Angst — gewaltiger als je zuvor. Jetzt mußte er es sehen, es als Vater entgegennehmen, unter einem Dach, in einem Raum mit ihm leben, von Tag zu Tag, von Woche zu Woche... Wie konnte er dies ertragen...?

Reskitalo kam zu ihm, blaß wie ein zum Tode Verurteilter.

„Soll ich wohl an die Bahn gehen?“ fragte er mit klangloser Stimme.

Er wußte, daß seine Frage überflüssig war, doch war er selbst so unruhig, daß er wenigstens ein paar Worte mit Lutela wechseln mußte, um zu erforschen, in welcher Gemütsverfassung sich dieser befand.

„Geh du nur,“ erwiderte Lutela und versuchte mit dem Kopf zu nicken. Inbes bemerkte Reskitalo, daß er ganz in seine eigenen Gedanken versunken war und gleichwie außer seiner selbst sprach.

„Wenn ich sie noch mit Ehren nach Hause befähme!“ leuzte Reskitalo.

(Fortsetzung folgt.)

Stücken laufen und das ersparte Jahrgeld in den Magen stecken. Der richtige Naturfreund nimmt alle Abzug mit sich und geht, um nicht den körperlichen Genuss zu beeinträchtigen, dem Alkohol möglichst aus dem Wege. Angetrunken, die größtenteils durch den Waid torteln, sind ebenso Naturdreschler wie die Zerstörer von Blättern und Blüten. Glücklicherweise sind wir nun auch wieder so weit, uns ohne den Moloch der Millionen- und Milliardenzahlen an den schönen Knäuelern erinnern zu können: „Ein Vergnügen eigener Art ist und bleibt 'ne Wanderfahrt.' Die Dampfer- und Motorbootgesellschaften beginnen einzusehen, daß sie nur mit billigen Preisen ein gutes Geschäft wie im Frieden machen werden. Das sollten sich auch zahlreiche andere beteiligte Kreise zur Richtschnur nehmen, die gewohnt sind, dem Ausflügler für Kleinigkeiten ungebührlich viel Geld abzufordern.

Die lieben Kommunisten.

Immer Arm in Arm mit der Reaktion!

Bei der Wahl des Berliner Bürgermeisters ermöglichten die Kommunisten direkt die Wahl des Bürgerblockkandidaten überhaupt erst. In der endgültigen Abstimmung erhielt der Volksparteier Scholz 105 Stimmen, Sozialdemokrat Dr. Heimerich 92 Stimmen, der Kommunist Dörr 8 Stimmen, eine Stimme war unglücklich. Von den 92 Stimmen, die der sozialdemokratische Kandidat erhielt, entfielen 85 auf die Sozialdemokratie, 2 auf das Zentrum, 3 auf die Demokraten, 1 auf Unabhängige und 1 Stimme auf die Kommunisten. Da auch die unglückliche Stimme von einem Kommunisten abgegeben worden ist, sind 9 Stimmen verlorengegangen. Die nach Zurechnung dieser 9 Stimmen zur Mehrheit noch fehlenden 5 Stimmen hätten die Kommunisten aus ihren Reihen stellen können, wenn sie sich an der Wahl vollständig beteiligt hätten. Es waren nämlich im ersten Wahlgang für den kommunistischen Kandidaten 16 Stimmen abgegeben, 6 Stimmen der Kommunisten fanden also für die Schlussabstimmung noch zur Verfügung und sind durch Nichtbeteiligung ausgefallen. Das Bürgerium verbannt also die Wahl eines volksparteilichen Bürgerblock-Bürgermeisters ausschließlich der Unterstützung durch die Kommunisten. In diesem besonderen Falle wird das Verhalten der Berliner Kommunisten noch dadurch besonders als arbeitserföndlich charakterisiert, daß sie über den sozialdemokratischen Kandidaten Dr. Heimerich aus Nürnberg von ihren eigenen Freunden die allerbesten Auskünfte erhalten haben. Die Nürnberg-Kommunisten hatten schriftlich ihre Berliner Parteifreunde darauf aufmerksam gemacht, daß Heimerich nicht nur ein hervorragend befähigter Verwaltungsbeamter sei, sondern daß auch seine soziale Gesinnung außer Frage stehe und er sich ganz besonders Verdienste um die Erwerbstlosen erworben habe. Auch die Berliner Kommunisten werden nicht behaupten wollen, daß der Volksparteier Dr. Scholz die Arbeiterinteressen in der Biermüllerei besser vertreten wird als der von der Sozialdemokratie vorgeschlagene Kandidat. Sie haben aus blindem Haß gegen unsere Partei den Bürgerium zu einem billigen Siege verholfen und dadurch, daß sie diese so außerordentlich wichtige Verwaltungsstelle einem reaktionären Bureaukraten in die Hände gespielt haben, die Interessen der Arbeiterschaft aufs allererschwerste geschädigt.

Dieser Berliner Fall, der immerhin von einer außerordentlichen Bedeutung ist, bleibt keineswegs vereinzelt. Fast alle Berichte über Eröffnungsversammlungen neugewählter Stadverordnetenversammlungen zeugen von dem gleichen fanatischen Haß, mit dem die SPD überall die Geschäfte des Bürgeriums besorgt. In Frankfurt a. M. hatten sie nichts anderes zu tun, als einen sinnlosen Kadau zu entlassen und den neugewählten sozialdemokratischen Vorsteher zu der Feststellung zu zwingen, sie hätten offenbar die Absicht, im Frankfurter Rathaus nach Berliner Muster aufzutreten. In Hannover entsetzten sie gemeinsam mit dem Bürgerblock unter dem früheren Stadtdirektor Tramm stundenlang Kadauzungen gegen den von ihnen besonders gehäßten sozialdemokratischen Oberbürgermeister, den Genossen Beiner. Das Schauspiel ist überall dasselbe. Der Parteiauswurf hat sich deswegen auch einstimmig dahin geäußert, daß jede Arbeitgemeinschaft mit diesen Beuten zu unterbleiben hat. Die Sozialdemokratie wird die Stellung der Arbeiterschaft in den Gemeindevormaltungen zu verteidigen wissen, auch im Kampfe gegen diese Bundesgenossen der bürgerlichen Reaktion.

Warum das Zentrum nicht Heimerich wählte. In dem Artikel über die Zentrumsparthei bei der Bürgermeisterwahl (Freitag-Abendausgabe, Nr. 241) ist das Zitat aus der „Germania“ durch Ausfall einer Zeile entstellt worden. Die Stelle heißt vollständig so: „Ausschlaggebend war ausschließlich das Parteinteresse. Unter diesen Umständen war es im Vorhinein wahrscheinlich, daß nicht der tüchtigste Fachmann aus der Wahl hervorgehen würde, usw.“ Die „Germania“ will mit diesen Sätzen das Verhalten anderer Parteien gefeiert. Sie erzählt dann aber, daß die Mehrheit der Zentrumsparthei den sozialdemokratischen Nürnberg Stadtrat Dr. Heimerich, dessen „ganz besondere Qualitäten“ das Blatt anerkennt, wegen seiner Tätigkeit in der Konistenbewegung nicht gewählt habe.

Es handelt sich darum...

Die ganze Welt weiß es zwar längst, worum es sich handelt. Aber es ist doch ganz gut, wenn auch der Gegner endlich einmal offen zugibt, wozu die famosen Abbaugesetze von der bürgerlichen Mehrheit benutzt werden. „Die Zeit“ schreibt bei der Besprechung der Bürgermeisterwahl: „Es handelt sich darum, die zum nicht unerheblichen Teil aus gänzlich fernindischen oder unfähigen Sozialdemokraten bestehende rote Mehrheit des Magistrats zu beseitigen und damit den Weg für eine bessere und gesündere Verwaltung Groß-Berlins überhaupt zu bahnen. Dazu bietet einmal die Durchführung der Abbauperordnung den Weg... Bei der Wahl von Dr. Scholz spielte aber auch ungewissheit der Wunsch mit, eine Umbildung des Magistrats zu ermöglichen. Insofern haben die Sozialdemokraten teilweise recht, wenn sie behaupten, ihr Kandidat aus Nürnberg sei nicht gewählt worden, eben weil er Sozialdemokrat sei.“ Nicht immer sind die Volksparteier so offen. Sie werden nicht mehr behaupten können, daß die Sozialdemokraten Demagogie betreiben, wenn sie feststellen, daß die bürgerlichen Parteien mit vollem Bewußtsein Rechtsbeugung betreiben und die Abbauperordnung ganz offen zu Zwecken mißbrauchen, die im Befehl ausdrücklich abgelehnt werden.

Frau Wischur aus der Haft entlassen.

Die unter der Anschuldigung des vierfachen Mordes vor etwa 2 Monaten in Untersuchungshaft genommene Frau Helene Wischur wurde gestern auf Antrag von Justizrat Bronker aus der Untersuchungshaft ohne Kaution entlassen. Der Antrag des Verteidigers hat sich auf das Gutachten des Gerichtsarztes Medizinalrat Dr. Thiele gestützt, der bei Frau Wischur völlige Geistes- und körperlichen Zusammenbruch festgestellt hatte. Frau Wischur befindet sich bereits wieder in der Wohnung ihres Gatten. Die Voruntersuchung wird von Landgerichtsdirektor Kruspi unter dessen Weiterführung und steht kurz vor dem Abschluß. Die Haftentlassung erfolgte unter Zustimmung sowohl des Staatsanwaltschaftsrates Braut als auch des Untersuchungsrichters Landgerichtsdirektor Kruspi. Ueber den Standpunkt des Ermittlungsverfahrens erfahren wir, daß die Voruntersuchung mit der größten Gründlichkeit geführt worden ist. Die ausgegebenen Leichen sind, wie bereits berichtet, von Professor Franke und Medizinalrat Siversheim obduziert worden. Es sind keinerlei Spuren von Giftstoffen festgestellt worden. Dasselbe Ergebnis habe die chemische Untersuchung der Leichenteile ergeben, obwohl der Gerichtschemiker Dr. Bruening sogar die Knochen und das Mark chemisch untersucht hat.

„Sturm über Asien“.

Die Unterfuchung gegen die chinesischen Händler.

Gegen eine große Zahl von Chinesen, die in Deutschland unter Nichtbeachtung der Befehle Handel trieben, ist, wie wir mitteilen, die Befehde eingeschritten. Die beschlagnahmten Waren füllen im Zollgrenzkommissariat einen Riesensaal. Bis unter die Decke sind dort in Kisten und Koffern verpackt, zum Teil chinesische Postkörbe, die von den Kaufs gern benutzt werden, alchymische Schweinsleder-Koffer mit chinesischen Aufschriften, die offenbar schon durch Generationen benutzt worden sind.

Die Unterfuchung war dem Obersekretär beim Zollgrenzkommissariat Rirschbaum übertragen worden, und um die schwierigen Verhandlungen mit den Chinesen, die fast ausnahmslos behaupten, kein Wort Deutsch zu verstehen, zu erleichtern, war von der chinesischen Gesandtschaft Legationsrat Dr. Ho-Chi-Tsai

Heute, Sonnabend abend, bzw. morgen, Sonntag vormittag ab 9 Uhr:

Zingblattverbreitung in Gr.-Berlin

Jedes Parteimitglied hat sich in den bekannten Lokalen zur Mitarbeit einzufinden.

erschienen, der das Amt des Dolmetschers übernahm und die im Tsching-fang-Dialekt vorgeprüdelten Verteidigungsreden seiner Landsleute übersehte. Zunächst gab es einen kleinen diplomatischen Protest des Legationsrates, der erklärte, daß die deutschen Behörden offenbar aus „Rassehaß“ gegen die chinesischen Händler vorgegangen seien, doch wurde ihm von den deutschen Beamten bedeutet, daß die Zollbehörden ohne Ansehen der Nationalität vorgehen. In den beschlagnahmten Koffern fand man überraschend viele Erzeugnisse der französischen Keramik, wunderschöne Porzellanerföndnisse, dann aber Gallasit- und Bernsteinwaren, zum Teil noch mit den Preisauszeichnungen der französischen Firmen versehen. Diese Waren sind aus Frankreich mit Hilfe der Emser Einfuhrbewilligungen nach Düsseldorf und Köln gebracht und dort von den Chinesen gekauft worden. Da zwischen dem befehlten und unbefehlten Gebiet ja keine Zollkontrollen bestehen, werden hier Waren von großem Wert nach Deutschland hereingebracht. Allein die bei der letzten Razzia beschlagnahmten Kisten und Koffer bergen Wertgegenstände im Betrage von rund 100 000 Goldmark. Die Chinesen behaupten ausnahmslos, die Ware von einem ihrer Landsleute in Berlin, einem Großhändler, erworben zu haben, der inzwischen das Weite gesucht hat. Diese Darstellung wurde jedoch durch die Tatsache widerlegt, daß erst gestern ein 19-jähriger Chinese am Bahnhof verhaftet wurde, der über Köln französische Waren im Werte von 300 Pfund einzuführen versuchte. Die Chinesen waren vielfach in Begleitung deutscher Mädchen, einige auch mit ihren deutschen Ehefrauen erschienen und besonders die ersteren benahmten sich den untersuchenden Beamten gegenüber sehr aggressiv. Nach der Ansicht des chinesischen Legationsrates sind sich keine Landsleute der Rechtswidrigkeit ihres Vorgehens nicht bewußt gewesen. In den allermeisten Fällen haben die Händler weder Umsatz- noch Gewerbesteuer bezahlt, haben auch keinerlei Berechtigung zum Hausieren gehabt. Die Waren der geächteten Chinesen werden demnächst auf einer großen Auktion versteigert werden.

Polizei bei den Obdachlosen.

Eine Strafe im Asyl für Obdachlose hat ein bemerkenswertes Ergebnis gehabt. Unter den letzten Nachtgästen des Obdachlosenheims 1204 Männer und 76 Frauen und Mädchen, die sich nicht genügend ausweisen konnten. Sie wurden mit 7 Autos der Schutzpolizei, die 35 mal fahren mußten, nach dem Polizeistadion gebracht und hier auf ihre Persönlichkeit geprüft. Es zeigte sich, daß 157 von den Männern fleckbrieffähig gesucht wurden. Der größte Teil dieser Leute hat in der Provinz Unterschlagungen, Betrügereien und andere Straftaten begangen, ist nach Berlin gekommen, hat hier die Beute verzeht, ist weiter gefunken und endlich im Asyl gefangen. Weitere 50 Männer mußten dem Erkennungsdienst vorgeführt werden. Sie hatten zum Teil gar keine Papiere. Bei 22 stellte der Erkennungsdienst fest, daß sie falsche Papiere führten. Die anderen beschäftigten ihn noch weiter, weil ihre Persönlichkeit bisher nicht festgestellt werden konnte. Fünf Ausländer wurden der politischen Polizei überwiesen, die sich noch weiter mit ihnen zu befassen hat. Die Vermittlungsentrale fand drei Männer, die sie suchte, unter ihnen den 27-jährigen Kaufmann Bruno K. aus der Kalkreuthstraße, der seinen Eltern nicht länger zur Last fallen wollte, nachdem sein Vater als Beamter abgebaut ist, suchte allein weiterzukommen, fand aber keine Beschäftigung und fand für die Nacht Schutz im Obdach. Die fleckbrieffähig gesuchten Männer wurden je nach der Art ihrer Straftat den verschiedenen Dienststellen der Kriminalpolizei überwiesen. 10 andere, gegen die nichts vorliegt, wurden der von Fräulein Dittmer geleiteten Wohlfahrtsstelle des Polizeipräsidiums, die jetzt auch einen Fürsorger und eine Fürsorgerin im Asyl selbst unterhält, überwiesen, unter ihnen befand sich ein Kandidat der Medizin, den Schicksalsschläge ins Obdach geführt hatten. Er machte den ganzen Weltkrieg mit, um dann seine Studien fortzusetzen. Hierauf verwandte er, als seine Eltern starben, die kleine Hinterlassenschaft, die ihm zufiel. Als sie aufgebraucht war, unterstützte ihn sein Bruder, bis auch dieser starb. Jetzt war er am Ende. Als Arbeitsstudium kam er nirgends mehr an, und so blieb nur das Asyl übrig. Mehrere Jungen dritter aus der Provinz, die ihren Familien entlaufen waren und sich in Berlin umhertreiben, werden ihren Eltern wieder zugeführt.

Die Durchstechereien im Pöngenseer Gefängnis.

In dem weiteren Verlauf des Prozesses wegen der Durchstechereien im Pöngenseer Gefängnis widerriefen die angeklagten Gefangenen, die früher schwer belastende Aussagen gegen die angeklagten Beamten gemacht hatten, zum größten Teil ihre Behauptungen. Nach dem, was im Laufe der Verhandlung zur Sprache kommt, muß das Gefängnis geradezu einer Börse geglichen haben. Es fand ein regelrechter Austausch statt und es wurden Verabredungen für die Schiedungen getroffen. Es wurden auch regelrechte Marktpreise für die Verschleppungen von Waren festgelegt.

Warnung vor einem Scheckwindler. Ein Scheckwindler, der sich Max Krüger nennt und ansieht, Berlin, Dresdener Str. 74, eine Reparaturwerkstatt und Schlosserei zu betreiben, schädigt gutgläubige Geschäftsleute dadurch, daß er ihnen Ware abkauft und diese mit einem gefälschten, auf die Girokasse 52 der Stadt Berlin, Neudölln, Rottbusser Damm 93, gezogenen

Scheck bezahlt. Der Scheckwindler hatte sich bei dieser Kasse zur Erlangung eines Scheckheftes ein Konto eröffnen lassen. Bei der Anknüpfung der Geschäftsverbindung mit der Girokasse sind gefälschte Ausweisepapiere vorgelegt worden, denn Dresdener Str. 74 hat ein Max Krüger niemals gemohnt noch ein Geschäftsführer gehabt. Gefälscht ist der auf die Rückseite des Schecks gesetzte Beteiligungsvermerk der Sparkasse. Der Gauner sucht nicht nur Berlin, sondern auch andere Städte heim.

Um den „Stromerzeuger U“.

Patente in 10 Staaten.

Im weiteren Verlauf des Prozesses wegen des „Stromerzeugers U“ wurde Patentanwalt Ring vernommen, der die Patente für den Angeklagten v. Unruh angemeldet hatte. Der Zeuge hat den Apparat zweimal gesehen und trat an die Prüfung mit großem Mißtrauen heran. Er hat aber dann den Apparat funktionieren sehen, das letzmal zur Zeit des Generalstreiks während des Rapp-Bußches, als nirgends Licht brannte. Infolgedessen ist er von der Echtheit der Erfindung noch heute fest überzeugt. Eine Täuschung sei vollkommen ausgeschlossen, da er genau alles geprüft habe. Reichsanwalt Dr. Ball: Geheimrat Schmidt hat gestern gesagt, daß überhaupt keine Patentanmeldung beim Reichspatentamt vorgelegen habe. Zeuge: Ich habe selbst Anfang 1920 die Patentanmeldung für den Stromerzeuger eingereicht und persönlich mit Geheimrat Erich Schmidt verhandelt. Bei der Verhandlung ist auch die Vorführung des Apparats angeordnet worden, weil Professor Schmidt gewisse Bedenken hatte. Vorf.: Ist der Apparat vorgeführt worden? Zeuge: Nein, weshalb das nicht gesehen, weiß ich nicht. Der Zeuge bekennt weiter, daß das Patent in 10 Ländern erteilt worden ist, darunter befinden sich Schweden, Frankreich, Türkei, Portugal und Dänemark. Die dänische Patentprüfung erfolgt genau unter denselben sachlichen Bedingungen der Vorführung wie in Deutschland. In Schweden ist die Prüfung ganz besonders streng. Wegen sachlicher Bedenken ist in keinem Lande die Zurückweisung erfolgt. Sie geschah nur in einzelnen Ländern, weil die Gebühren nicht mehr gezahlt werden konnten. Der Zeuge hat auch außer diesem Patent noch ein Stachelstrahlpatent für den Angeklagten v. Unruh angemeldet, von dem der Angeklagte v. Unruh behauptet, daß dieser Stachelstrahl in Verbindung mit seiner Erfindung stehe. Der Zeuge erklärt im Anschluß an diese Aussage, daß die an den Apparat angeschlossenen Lampen nicht brannten, was bei einer elektrischen Fernleitung nicht hätte eintreten können. Die weitere Beweisaufnahme des gestrigen Tages erstreckte sich auf die Scheckfälschungsanlage und die Ermittlungen nach den geheimnisvollen Giranten der Schecks, Baughen und Dr. Ludwig. Man hofft, den Prozeß schon Dienstag zu Ende bringen zu können.

Die gestrigen Gewitter.

Die Feuerwehr in ständigem Alarmzustand.

Gestern herrschte bei der Berliner Feuerwehr Ausnahmezustand. Infolge des Gewitters, verbunden mit einem Wolkeneinbruch, waren nicht nur zahlreiche Straßen und Plätze, sondern auch eine Menge Grundstücke überschwemmt. Warm folgte auf Alarm, besonders nach dem Norden, wo Ueberschwemmungen aus der Grenadier-, Wins-, Zehender-, Wörther Straße, vom Rappelpfad, Neuen Schönhauser Straße 9, Choriner Straße 65, Dunder-, Frankfurter-, Rosenthaler Platz, Fehrbelliner, Berg-, Reg-, Schlegel-, Treckowstraße, vom Weinbergsweg usw. kurz hintereinander gemeldet wurden. Dann liefen noch Meldungen vom Kottbuscher Platz, Schwedter, Wallstraße, Prenzlauer Wee, Rühlstraße, Wilhelmstraße 121, Kaiser-, Antklover, Rüder-, Schlemann-, Schützen- und Grünhauser Straße ein. Ueberall hin wurden Fahrzeuge entsandt. Der Bly hatte mehrere Male eingeschlagen. U. a. wurde auch ein Straßenmast in der Quilitzstraße vor dem Hause Nr. 21 getroffen. In der Brunnenstraße, am Rosenthaler Tor, in der Invalidentstraße und am Schönhauser Tor hatten sich große Wassermengen angelammt. Die Straßenbahnen konnten an einigen Stellen nur mit Vorsicht und langsam fahren, an anderen Stellen blieben sie liegen. Der Schaden, der durch Kellerüberschwemmungen, Rohrbrüche an mehr als fünfzig Stellen angerichtet wurde, ist ganz erheblich. An mehreren Stellen hand nachmittags das Wasser noch meterhoch in den Kellern. Schauer wurden Geschäftsleute geschädigt, deren Waren in größeren Mengen verborben sind. — Der Feuerwehr war es unmöglich, an allen Stellen Hilfe zu leisten. Sie mußte sich darauf beschränken, zunächst dort zu helfen, wo Menschenleben und Gebäude in Gefahr schwebten. Der Westen, Moabit und der Südosten blieben fast ganz verschont, dagegen wurden der Gesundbrunnen und der Norden hart getroffen.

Das ist der Dank, Herr Regierungsrat!

Im Herbst v. J. beauftragte der Regierungsrat Bergmann aus Berlin den Bäckermeister Ziegenhagen in Stahnsdorf, ihm für seine neundöppige Familie 25 Zentner Winterkartoffeln zu besorgen. „Abgemacht, Herr Regierungsrat“, meinte Ziegenhagen, „wenn Sie 4,50 M. je Zentner zahlen.“ Der Regierungsrat war einverstanden, bezahlte Voransch und erhielt prompt einige Wochen später die gewünschten Kartoffeln. Zufällig aber las der Regierungsrat in der Zeitung, daß der übliche Preis für Winterkartoffeln 3 bis 3,50 M. je Zentner sei. Er forschte nach und es stellte sich heraus, daß der Bäckermeister nur 3 M. je Zentner bei den Bauern bezahlt hatte. Der Regierungsrat erstattete Anzeige und das Potsdamer Amtsgericht verurteilte Ziegenhagen wegen Preistreiberei und für seine Gefälligkeit obendrein noch wegen unerlaubten Reitenhandels zu 3 Tagen Gefängnis und 25 M. Geldstrafe. „Das ist der Dank, Herr Regierungsrat“, mit diesen Worten verbeugte sich der Angeklagte gegen den Zeugen und verließ das Gericht.

Der Luftschacht als Einbrecherversteck. Polizeibeamte, die sich auf einem Streifgang befanden, hörten nachts in der Grünstraße zwei Schüsse fallen. Vor dem Hause Nr. 7 trafen sie einige Wächter, die ihnen mitteilten, daß bei der Firma Abrahamsohn eingebrochen worden sei. Man nahm sofort eine Durchsuchung der Räume vor und fand, in einem zum Schornstein führenden Luftschacht versteckt, den 23-jährigen Ernst Ruppich aus der Hübnerstraße 8 auf. Er wurde der Kriminalpolizei übergeben. Seine Komplizen sind entkommen.

Eine Schulkunstausstellung wird in Neudölln vom Bezirksamt und vom Bund für Schulkunstausstellungen in der Zeit vom 25. Mai bis 21. Juni im Palmengarten des Körnerparks veranstaltet. Sie bringt Werke von Galschick, Kamp, Kollwig, Jille, Lederer und anderen in einer Auswahl, die uns die Arbeit und die Goethe der Großstadt zeigen soll. Die Ausstellung wird für Schulkinder unter Führung an den Vormittagen bis 2 Uhr, für die Bevölkerung gegen 20 Pf. Eintrittsgeld an den Nachmittagen von 2 bis 7 Uhr geöffnet sein.

„Die Prinzessin vom Nil“ hat jetzt im Rose-Theater ihren Einzug gehalten. Trude Pösch bringt für die Rolle der Nacim gute Stimmittel und eine sehr vorteilhafte Erscheinung mit. Nacim Kaufmann war eine frische Naja, während Franz Besalla scheinbar sich selbst über seine dankbare Rolle freute. Mit der Regie war Hans Gertz betraut, der den hohen, unheimlichen Spuk der lebendig gewordenen Mumie in gefällige Bühnenbilder setzte und selbst den Antiquitätenhändler spielte. Ein guter Helfer war ihm Wolfgang Müller, der als Pannetier neben einem burlesken Einschlag brachte. Das Publikum verlangte die Wiederholung aller Schläger und die Darsteller kamen dem Wunsch stets nach, wenn, wie nach der Lanzeinlage, ihre eigene völlige Erschöpfung dem nicht hindernd entgegenstand.

Das Rundfunkprogramm.

Sonnabend, den 24. Mai.

Tageseinstellung. Vormittags 10 Uhr: Nachrichtendienst. Bekanntgabe der Kleinhandelspreise der wichtigsten Lebensmittel in der Zentralmarkthalle. Nachm. 12:15 Uhr: Vordrösa. Nachm. 12:55 Uhr: Uebermittlung des Zeitzeichens. Nachm. 1:05 Uhr: Nachrichtendienst. Nachm. 2:15 Uhr: Börsenbericht.

4:30—6 Uhr: Berliner Funkkapelle (Unterhaltungsmusik). 7 Uhr: Vortrag der Frau Margarete Oesmerer: „Moden im Spiegel der Völker“. 7:30 Uhr: Vortrag des Herrn Frits Jacobsen: „Meine amerikanischen Filmeindrücke“. 8:30 Uhr: Lustiger Abend. Mitwirkende: Alice Goethe, Kinderlieder; Eduard v. d. Becke, Berliner Humor; Robert Koppel, frohe Lieder; Willy Roellinghof (10 lustige Minuten). Am Steinway-Flügel: Dr. Felix Günther.

Die städtische Etatberatung.

Herabsetzung der Werktarife im Herbst geplant.

Im Rathaus begannen die Beratungen über den diesjährigen Etat mit der Behandlung der Werke und städtischen Unternehmungen. Von allgemeinem Interesse ist es, daß von allen Seiten zugegeben werden mußte, daß die Lage der städtischen Werke sich wesentlich gebessert hat. Die sozialdemokratischen Vertreter verlangten, daß sobald wie möglich eine Herabsetzung der Werktarife erfolgen müsse. Sowohl vom Kammerer wie von den Werkleitern wurde zugegeben, daß eine solche Ernäßigung beim Gas auf etwa 15 Pf. und im gleichen Ausmaß beim Strom und beim Wasser mindestens im Herbst erfolgen könne. Die Wirtschaftspartei verlangte eine Verringerung der neuen Stromberechnung. Angenommen wurde dabei auch ein Antrag der sozialdemokratischen Fraktion, der die Direktion der Elektrizitätswerke verpflichtet, alle Kunden auf die Möglichkeit einer Herabsetzung des sogenannten Grundpreises hinzuweisen, wenn der Zähler für den tatsächlichen Bedarf und die vorhandene Anlage zu groß ist. Bei Einführung des neuen Stromtarifs rechnete die Werkleitung mit etwa 100 000 Reklamationen, es haben aber nur 2600 Abnehmer eine Herabsetzung ihrer Zählermiete verlangt. Es kann also den Besitzern von elektrischem Licht nur dringend empfohlen werden, ihre Messer auf eine niedrigere Grundgebühr umzusetzen zu lassen, wodurch der Strompreis sich tatsächlich wesentlich verbilligen wird. Auf Verlangen des sozialdemokratischen Berichterstatters sollen die Leitungen der städtischen Werke und der Straßenbahn im Etatsauschuß einen eingehenden Wirtschaftsprüfung vorlegen. Ferner wurde einstimmig der Magistrat aufgefordert, für die rechtzeitige und ausreichende Vorlage von Geschäftsberichten der städtischen Unternehmungen zu sorgen. In guter Entwidlung befinden sich auch die Markthallen, Schlacht- und Viehhöfe. Sie sind in der Lage, verhältnismäßig bedeutende Mittel für Erneuerungszwecke bereitzustellen. Der Bau einer Fleischmarkthalle soll noch dieses Jahr in Angriff genommen werden, nachdem in den letzten Jahren alle Projekte immer wieder an Geldmangel gescheitert waren. Die Abgaben der Werke an die Räumlichkeiten werden voraussichtlich nicht unwesentlich über den Etatsvoranschlag hinausgehen.

Sie reden von Körpererziehung!

Die vom Deutschen Reichsausschuß für Leibesübungen einberufene Deutsche Tagung für Körpererziehung wurde am gestrigen Freitag im Plenarsaal des Reichswirtschaftsrates durch den Vorsitzenden des Reichsausschusses, Staatssekretär Dr. Dr. Lewald eröffnet. Reich, Staaten und äußerst zahlreiche Kommunen hatten zu der Tagung Vertreter entsandt.

An der Begrüßungsansprache wies Dr. Lewald darauf hin, daß nur etwa 2 Proz. der Bevölkerung Sport und Leibesübungen betreiben. Er lobte die Disziplin des verflochtenen preussischen Kommis und bedauerte die frühe Wahlmündigkeit der Jugend. Besser wäre es, so führte er aus, wenn sie Leibesübungen betriebe und zur Hingabe an das Vaterland erzogen würde. Der Deutsche Reichsausschuß erstrebe die tägliche Turnstunde, Vertiefung der Turnlehrerbildung, Leibesübung im Dienste der Krankheitsvorbeugung, Einführung der Turn- und Sportpflicht bis zur Mündigkeit, ein Spielplatzgesetz, wirtschaftliche Unterstützung der Vereine, Kampf gegen die Befreiung der Organisationen, Wehrhaftigkeit

des Mannes ohne Angriffsabsichten, Förderung der Leibesübungen als Schutzbild der Jugend und Urquell deutschen Volkstums. Aus den Ansprachen der Vertreter des Reiches, der Länder usw. ist zu ersehen, daß Dr. Jarres es als äußerst wertvoll hielt, wenn man den in den Parlamenten bereits vorliegenden Antrag, daß mit dem Eintritt in das höhere Lehramt usw. ein Zeugnis über die körperliche Leistungsfähigkeit beigebracht werden müßte, nachdrücklich wohlwollende Beachtung schenke. Lebhaft setzte er sich für das Jugendwandern ein. Auch Dr. Boelzig, der preussische Unterrichtsminister, sprach dieser gesunden Bewegung das Wort. Er wünschte im Interesse der Jugend und des Vaterlandes

Frauen heraus! Auf zur Protest- Versammlung! Gegen das Urteil im Prozeß Heiser! Gegen den § 218 des Strafgesetzbuches!

Dienstag, den 27. Mai, abends 7 1/2 Uhr in den „Germaniasälen“, Chausseest. 110

Referenten: Frau Dr. Wegscheider-Ziegler, M. d. L. (Sachverständige im Prozeß Heiser), Frau Dr. Käthe Frankenthal (Verz. in), Frau Clara Bohm-Schuch, M. d. R. und Herr Dr. Kurt Rosenfeld, Rechtsanwalt

lebendige Lehrerpersönlichkeiten und stellte in Aussicht, daß alle Lehrer, die in das Lehramt eintreten, an einem vorbereitenden Lehrgang über Leibesübungen teilnehmen müssen. Außerdem würde dem Turnen eine gehobene Stellung als Lehrfach eingeräumt werden. — Minister Hirtzfelder verlangte mehr Anerkennung durch die Organisationen über das von Reich und Staat auf dem Gebiete der Leibesübungen bisher Geleistete, während der Universitätsrektor Dr. Roethe die Heranziehung einer Jugend wünschte, die auch den Grundrissen des Turnens die alte Staat ausgeprägten verstanden. Oberbürgermeister Böß will beim Bau von Spielplätzen wenig Reden hören, sondern praktisch, zielbewusstes Handeln sehen. Hierzu sprach zum Thema „Die tägliche Turnstunde“ Oberstudienrat Neuendorf-Rülheim und Generalpräses Rostert-Düffeldorf. Beide Referenten versprachen sich von den Leibesübungen eine Veredelung des Charakters, also Förderung der Urteilskraft und Stärkung des Willens, sowie Hebung der Sittlichkeit. Die Beratung des Themas wird heute zu Ende geführt. Der Nachmittag des gestrigen Tages wurde durch Besichtigung Berliner Spielplätze ausgefüllt.

Obwohl wir uns zum Schluß der Tagung eine zusammenfassende kritische Stellungnahme noch vorbehalten, müssen wir doch für den gestrigen Tag feststellen, daß er wohl keine sonderlichen Sensationen brachte, daß aber auch die Reden und Referate wenig tiefgründige Leistungen darstellten. Es war ein vergnügendes Plätschern an der Oberfläche. Nur die Ursachen der leiblichen und seelischen Räte unseres Volkes ging keiner der Redner ein.

Nach Amerika! Der Berliner Bankier Kraft Sachs, Inhaber der Bankfirma Roffe u. Sachs, Berlin, ist mit einer größeren Summe, angeblich 250 000 bis 300 000 Mark nach Amerika geflüchtet. Geschädigt ist unter anderem eine öffentliche preussische Bank. Sachs hatte sich kurz nach der Revolution durch seine sozialen Experimente (Gewinnbeteiligung der Arbeiterklasse) einen gewissen Namen gemacht. Politisch, wie das von der bürgerlichen Presse behauptet wird, spielte er niemals eine Rolle.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Heute, Sonnabend, den 24. Mai:

- 11. SPD. Comité. Genossen treffen sich zur Flugblattverbreitung Sonnabendabend über Sonntag vormittag im Lokal Herzer, Georgstr. 46.
12. SPD. Die Genossen werden ersucht, von 5 Uhr ab ihre Flugblätter von folgenden Verteilungstellen abzuholen: Reuter, Köpcke Str. 13, Raden, Brühlstr. 43, Genth, Ullricher Str. 10.
25. SPD. Empfang der Flugblätter 6 Uhr bei Gott, Anprobe. Cds. Verbandsamt.
27. SPD. Heute ab 5 Uhr Flugblattverbreitung von den bekannten Stellen aus. Um 7 1/2 Uhr Funktionärskonferenz bei Schwender, Kaptenhagenstr. 42.
32. SPD. Achtung! Die Mitglieder holen sich die Flugblätter von ihren Verteilungsorten ab.
43. SPD. 6 Uhr Flugblattverbreitung von den Schloßhofstellen aus.
45. SPD. Abends 6 Uhr, Flugblattverbreitung, Gurovstr. 45.
46. SPD. Von 4 Uhr ab Flugblattverbreitung vom Lokal Wismers, Prinzenstraße 130 aus.
74. SPD. Gestern ab 7 1/2 Uhr im Post-Lokal Funktionärsversammlung zur Empfangnahme von Flugblättern.
85. SPD. Verteilung. Die Verteilung holen um 6 Uhr die Flugblätter von Wismar, Prinzenstraße 130 ab.
101. SPD. Treffpunkt zur Flugblattverbreitung ab nachm. 5 Uhr in der Dornschützstr. 120.

Morgen, Sonntag, den 25. Mai:

- 2. SPD. Vorm. 10 Uhr bei Ohngemach, Kommandantenstr. 68. Flugblattverbreitung.
3. SPD. Früh 9 Uhr von Krüger, Engelstr. 23, aus. Flugblattverbreitung.
7. SPD. Treffpunkt zur Flugblattverbreitung früh 9 Uhr bei Dübner, Dübnerstr. 34.
12. SPD. Treffpunkt zur Flugblattverbreitung früh 8 Uhr bei Schmidt, Kleefischer Str. 17.
23. SPD. Vormittag 9 1/2 Uhr. Flugblattverbreitung bei Semdowatz, Stroßstraße 104 und bei Laube, Köpcke Str. 62.
33. SPD. Früh 9 Uhr Flugblattverbreitung von den bekannten Stellen aus.
40. SPD. 9 Uhr bei Reuter, Köpcke Str. 20a, Flugblattverbreitung.
41. SPD. 9 Uhr, Flugblattverbreitung von folgenden Stellen aus: Schmidt, Köpcke Str. 13, Simon, Belle-Alliance-Str. 30, Schuler, Schamissoh 4, Zehn, Bergmannstr. 43, Schulz, Wende, Ostendestraße, 2a. Die Gruppenleiter können die Flugblätter am Sonnabend von 5 Uhr ab bei Schulz in Empfang nehmen.
45. SPD. Früh 8 1/2 Uhr Flugblattverbreitung, Gurovstr. 45.
53. SPD. Charlottenburg. Die Genossen treffen sich früh 9 Uhr bei Reich, Köpcke Str. 62, zur Flugblattverbreitung.
73. SPD. Schöneberg. Früh 9 Uhr Flugblattverbreitung. Treffpunkt Reuterstr. 13, Köpcke Str. 23, Schloßhof.
81. SPD. Friedenau. Früh 9 Uhr Treffpunkt zur Flugblattverbreitung bei Ruppel, Oberwälder Str. 26, Aufg. 1, 2 Str.
84. SPD. Reinick. Früh 9 Uhr Treffpunkt zur Flugblattverbreitung bei Siegel, Kleefischer Str. 2.

M. SCHULMEISTER Hochbahnstation Köthener Tor Frühjahrs-Ulster M. 29, 48, 54, 65, 75, 90 Kleidung für Spiel u. Sport

Sport tut not EINE AUSSTELLUNG BEI S. ADAM 19.31. MAI Geöffnet von 1/9-7 Uhr. Eintritt fre!

Frau Schnatterich Ausschneiden und aufbewahren! Es folgt ein Preisverzeichnis!

Kukirol-Fabrik Grob-Salze bei Magdeburg. Auf der Rückreise in ihre Heimatstadt kommt Frau Schnatterich der Gedanke, sich die in letzter Zeit durch größere Neubauten sehr erweiterte Kukirol-Fabrik in Grob-Salze anzusehen.

Theater, Lichtspiele usw. Staats-Theater Opernhaus 7 Uhr: Zauberflöte Opernhaus am Königsplatz 7 1/2 Uhr: Madame Butterfly Schauspieltchau 7 1/2 Uhr: Cendrillon Schiller-Theater 7 1/2 Uhr: König Nicolo Deutsch. Theater 8 Uhr: Der gefesselte Prometheus d. Aischylos

Komische Oper Die Prinzessin Operette in 3 Akten von Walter Kollo

Rennen zu Karlshorst Gr. Berliner Hürdenrennen

ULAP am Lehrter Bahnhof Sonnabend, Geöffnet ab 4 Uhr Großes Park-Konzert 3 Meiss. die Könige auf dem Turmsaal Akrobat. Radfahrer-Feuerwerk Die Pracht-Leuchtkontale Groß. Brilliant-Feuerwerk Alt-Berlin 30 Attraktionen. Sonntag, Dopp.-Konzert 3 Meiss. Turmschloß Akrobat. Radfahrer-Feuerwerk Die leuchtende Fontaine. 30 Attraktionen in Alt-Berlin etc. Eintritt 50 Pf., Kinder 30 Pf.

* LUNAPARK * Sonnabend von 4-11 Uhr Militärkonzert • 10 Uhr: Feuerwerk • Der Luftakrobat Fritz Schindler am Flugzeug •

Residenz-Th. Hinkemann Casino-Theater

KLEINE ANZEIGEN In der Gesamt-Auflage des Vorwärts sind besonders billig und haben große Wirkung!

2 Mark wöchentl. Teilzahlung Eleg. Herren-Garderobe fertig und nach Maß Garantie für tadellosen Sitz u. Verarbeitung Maßschneiderei J. Kurzberg Oranienstraße 160, I.

Berein der Berliner Buchdrucker und Schriftgießer Mittwoch, den 28. Mai, abds. 6 Uhr: Generalversammlung im Gewerkschaftshaus (et. Saal) Köpcke Str. 24.

Ungeziefer vernichten restlos die bewährten Nico-Präparate

Laubenbesitzer Solange Vorrat reicht, geben wir ab aus Streitmasse 1200 neue prima eisenschlagene zusammenklappbare Krankentroggestelle für 14 M., evtl. gegen Teilzahlung. Herstellung 40-45 M. Ab Lager Mohrenstraße 18 Lieferbar. 3850b

Laßt uns nur Dreieck-Seife kaufen von Melland; gilt's auch weit? zu laufen! Wer Sie einmal erprobt hat, scheut nicht den Weg zu den Verkaufsstellen, wie sie hier unten angegeben sind.

Wirtschaft

Der Reichsindex für die Lebenshaltung.

(1913/14 = 1)

Table with 2 columns: Date (7. Januar to 21. Mai) and Index value (1,13 to 1,15).

Abnahme gegen die Vorwoche 0,9 Proz.

Der Geschäftsbericht der GEG.

Im Anschluß an den Ordentlichen Genossenschaftstag des Zentralverbandes Deutscher Konsumvereine wird auch die Großverkaufsgesellschaft Deutscher Konsumvereine in Ulm am 26. Juni ihre Generaterversammlung abhalten.

Steigerung der Umsätze.

Es hat keinen Sinn, das Zerbild der durch die Geldentwertung überholten Umsatzfiguren der GEG. in Papiermark hier einzeln aufzuführen.

Table with 3 columns: Month (November, Dezember, Januar, Februar, März) and Sales figures for 1913, 1914, 1923, 1924.

In den letzten Monaten sind also die entsprechenden Vorkriegszahlen sogar wesentlich übertroffen. Allerdings wird man das Ergebnis deswegen nicht überschätzen dürfen.

Der Bericht bringt dann ausführliche Darlegungen über die Entwicklung des Marktes der wichtigsten Konsumwaren. Die ungeheuren Schwierigkeiten, die die Währungsschwankungen der Warenbeschaffung bereiten, werden hier zusammenfassend geschildert.

Interalliierte Zollpolitik an Rhein und Ruhr.

Berlin, 23. Mai. Bei Erörterung der interalliierten Zollpolitik im besetzten Gebiet ist zwischen der Beschlagnahme der Zölle an der Westgrenze und zwischen der Errichtung einer Zollgrenze im Osten des besetzten Gebietes zu unterscheiden.

Die Errichtung der Zollgrenze im Osten des besetzten Gebietes belastet dagegen in erster Linie das Gebiet selbst. Dabei hat Artikel 270 des Versailler Vertrages ausdrücklich festgelegt, daß eine solche Zollgrenze nur dann errichtet werden darf, wenn sie im Interesse der besetzten Gebiete liegt.

Wenn die Ausfuhrbelastung der Industrie des besetzten Gebietes einer Art Verstopfung der Quellen für die Weiterverarbeitung des unbesetzten Gebietes gleichkommt, so ist die Erhebung der Einfuhrzölle gleichbedeutend mit der Abschneidung der Länder für die Bevölkerung des besetzten Gebietes.

Die Lederenquete im Reichswirtschaftsrat

Der Wirtschaftspolitische Ausschuss des vorläufigen Reichswirtschaftsrates beschäftigte sich in seiner Sitzung vom 21. Mai 1924 mit einem vom Reichswirtschaftsminister an den Vorsitzenden, Direktor Kraemer, gerichteten Ersuchen um Veranlassung einer Enquete auf dem Gebiete der Häutewirtschaft sowie der Lederherstellung und Lederverarbeitung.

Ein Vertreter der Lederindustrie gab im Ausschuss einen Überblick über die Entwicklung seit Einführung der Rentenmark, die eine Behebung der gesamten Lederwirtschaft mit sich gebracht habe.

Preisnotierungen für Nahrungsmittel.

Table with 3 columns: Item (Gerstengraupen, Malzkaffee, etc.), Price range, and Item (Malzkaffee, Röstgetreide, etc.), Price range.

Heutige Umrechnungszahl 1000 Milliarden.

des eigenen Landes, man könne also die Gestaltung der inländischen Marktlage nur unter Berücksichtigung der außerdeutschen Verhältnisse verstehen. Auch die deutsche Lederindustrie habe eine Scheinkonjunktur durchgemacht, die anscheinend jetzt überwunden sei.

Ein Vertreter der Arbeitnehmer aus der Schuhindustrie begründete die Notwendigkeit, die Preise in Einklang mit der tatsächlichen Kaufkraft der Bevölkerung zu bringen, mit der ernststen Gefahr einer erneuten Verschlimmerung auf dem Arbeitsmarkte, auf dem mit neuen Entlassungen und umfangreicher Kurzarbeit gerechnet werden müsse.

ohne Lederarbeiter.

Aus Kreisen der Lederarbeiter wird uns dazu geschrieben: Im Wirtschaftspolitischen Ausschuss des Reichswirtschaftsrates sind bei Beginn der Enquete über Häutewirtschaft, Lederherstellung und Lederverarbeitung Arbeitgebervertreter der Leder- und Schuhindustrie gehört worden.

Im Reichswirtschaftsrat sollen Arbeitgeber und Arbeitnehmer paritätisch die Wirtschaftsprobleme beraten und die erforderlichen Vorschläge machen. Bei der Lederenquete löst der Wirtschaftspolitische Ausschuss des Reichswirtschaftsrates die Parität so auf, daß er die maßgebende freie Gewerkschaft der Lederherstellenden Industrie nicht mit hinzuzieht.

Rückgang des Notenumlaufes. Der Erfolg der Kreditpolitik der Reichsbank tritt auch in den Ausweisen des Zentralnoteninstitutes immer deutlicher zutage. Der Notenumlauf geht seit längerer Zeit andauernd zurück.

Die Schutzzölle. Während man auf internationalen Kongressen und Konferenzen dem Freihandel und der Erleichterung des internationalen Warenaustausches das Wort redet, werden in Wirklichkeit immer weitere Länder von der Hochschutzzölle erfasst. In Österreich und Ungarn hat man jetzt die neuen Zolltarife ausgearbeitet.

BAD-NAUHEIM

HESSISCHES STAATSBAD - Am Taunus bei Frankfurt a. Main - GANZJÄHRIGE KURZEIT

Hervorragende Heilerfolge bei Herzkrankheiten, beginnender Arterienverkalkung, Muskel- u. Gelenkrheumatismus, Gicht, Rückenmarks-, Frauen- u. Nervenleiden.

Advertisement for 'Pfeifferol' medicine, featuring illustrations of insects (Wanzen, Läuse, Flöhe, Motten) and the text 'vernichtet radikal „Pfeifferol“ Ueberallerhältlich!'.

